



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2014**

Mögele Katrin

**Das Paradoxon im  
Europäischen Parlament. Die  
Europaskeptiker.**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Michael Weigl  
SoSe 2014

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>I</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>II</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>III</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>IV</b>
<b>A Einleitung</b>	<b>1</b>
1    Das Europäische Parlament und Europaskeptizismus . . . . .	2
2    Problemstellung, Forschungsfrage und forschungsleitende Fragen . . . . .	9
3    Forschungsstand . . . . .	12
4    Methode . . . . .	14
<b>B Die Auswirkungen der Präsenz europaskeptischer Fraktionen im Europäischen Parlament auf die Parlamentsfunktionen</b>	<b>17</b>
1    Die Funktionen im Detail . . . . .	18
1.1    Wahl- und Rekrutierungsfunktion . . . . .	19
1.2    Repräsentationsfunktion . . . . .	21
1.3    Kontrollfunktion . . . . .	23
1.4    Legislativfunktion . . . . .	27
2    Empirische Analyse . . . . .	29
2.1    Repräsentationsfunktion . . . . .	31
2.2    Kontrollfunktion . . . . .	34
2.3    Legislativfunktion . . . . .	38
<b>C Fazit</b>	<b>42</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>45</b>
<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>52</b>

## Tabellenverzeichnis

1	Politische Parteien in EU-Mitgliedstaaten mit hartem oder weichen Europa- skeptizismus (2002) . . . . .	8
2	<i>actual power</i> der EP-Fraktionen (2009) . . . . .	41

## Abbildungsverzeichnis

1	Eigene Darstellung: Die Entwicklung der Wahlbeteiligung (1979-2014) . . . . .	5
2	Eigene Darstellung: Die Wahlbeteiligung pro MS bei der Europawahl 2014 . . .	5
3	Eigene Darstellung: Sitzverteilung im Europäischen Parlament (1979-2014) . . .	10
4	Eigene Darstellung: Sitzverteilung im Europäischen Parlament in Prozent (1979-2014) . . . . .	11
5	Eigene Darstellung: Benutzungshäufigkeit der mündlichen Fragen pro Fraktion (2009-2014) . . . . .	35
6	Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit der mündlichen Fragen pro Frakti- onsmitglied (2009-2014) . . . . .	35
7	Eigene Darstellung: Benutzungshäufigkeit der schriftlichen Fragen pro Fraktion (2009-2014) . . . . .	36
8	Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit der schriftlichen Fragen pro Frakti- onsmitglied (2009-2014) . . . . .	36
9	Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit aller Frageinstrumente pro Fraktion in Prozent (2009-2014) . . . . .	37
10	Eigene Darstellung: Teilnahme der Fraktionen (2004-2009) und (2009-2014) . .	39
11	Eigene Darstellung: Kohäsives Abstimmungsverhalten der Fraktionen (2004- 2009) und (2009-2014) . . . . .	40

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ACTA</b>	Anti-Counterfeiting Trade Agreement	
<b>AEUV</b>	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	18
<b>AfD</b>	Alternative für Deutschland	17
<b>ALDE</b>	Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa	3
<b>BUDG</b>	Ausschuss für Haushalt	
<b>CSU</b>	Christlich-Soziale Union	42
<b>ECON</b>	Ausschuss für Wirtschaft und Währung	
<b>ECR</b>	Europäische Konservative und Reformisten	3
<b>EEA</b>	Einheitliche Europäische Akte	
<b>EFDD</b>	Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“	3
<b>EFD</b>	Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“	3
<b>EMPL</b>	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	
<b>EP</b>	Europäische Parlament	2
<b>EPs</b>	Europäischen Parlaments	1
<b>ER</b>	Europäische Rat	20
<b>ERs</b>	Europäischen Rats	
<b>EUV</b>	Vertrag über die Europäische Union	2
<b>EU</b>	Europäische Union	4
<b>EVP</b>	Europäische Volkspartei	3
<b>EZB</b>	Europäische Zentralbank	20
<b>FEMM</b>	Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	
<b>FN</b>	Front National	17
<b>Grüne/EFA</b>	Die Grünen/Europäische Freie Allianz	3
<b>GO-EP</b>	Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments	3
<b>GUE/NGL</b>	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke	3
<b>IND/DEM</b>	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie	15
<b>KOM</b>	Europäische Kommission	19
<b>MdEP</b>	Mitglieder des Europäischen Parlaments	3
<b>MS</b>	Mitgliedstaaten	2
<b>PVV</b>	Partij voor de Vrijheid	17
<b>Rat</b>	Rat der Europäischen Union	2
<b>S&amp;D</b>	Fraktion der Sozialisten und Demokraten	3
<b>Syriza</b>	Vereinte Soziale Front	17
<b>SWIFT</b>	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication	
<b>UEN</b>	Fraktion Union für das Europa der Nationen	15
<b>UKIP</b>	United Kingdom Independence Party	17

## A Einleitung

Das Paradoxon im Europäischen Parlament – diese Bezeichnung für die europaskeptischen Abgeordneten im Europäischen Parlament erscheint vermutlich nicht nur Martin Schulz einleuchtend. [Schulz, 2009, 474] bezieht diesen Ausdruck auf rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Europäischen Parlament, deren „Weltanschauung (...) die Werte des europäischen Friedensprojekts (negiert)“.

Letztendlich kann die Bezeichnung jedoch für jegliche Art des Europaskeptizismus angewandt werden – sowohl für das linke als auch für das rechte politische Spektrum. Dem *Genus proximum* des Europaskeptizismus stehen als *differentia specifica* die zwischen *Exklusion* und *Inklusion* differenzierenden Ideologien gegenüber (vgl. [Grabow und Hartleb, 2013]).

Das Paradoxe an der Präsenz der Europaskeptiker im Europäischen Parlament beruht auf folgenden zwei Positionen:

**Rechtsextreme und -populisten** Die nationalistisch gesinnten Vertreter dieser Weltanschauung bemühen sich um eine *supranationale Organisation*, um ihre Ziele durchzusetzen und zielen gleichzeitig auf die Rückkehr zum Nationalstaat ab (z. B. [Schulz, 2009]).

**Linksextreme und -populisten** Die links gesinnten Europaskeptiker streben zwar nicht die Rückkehr zum Nationalstaat an, fordern jedoch eine *grundsätzliche Umformung* des positiven politischen Systems und hängen anarchistischen Ideen an (vgl. [Grabow und Hartleb, 2013]).

Basierend auf diesen Positionen erscheint der Begriff Paradoxon sehr passend. Jedoch stellt sich die Frage, wie das Paradoxon im Europäischen Parlament in Erscheinung tritt und dieses beeinflusst. Das Ziel dieser Arbeit ist eine erste mögliche Antwort auf diese Frage zu finden.

Im ersten Teil der Arbeit werden verschiedene Aspekte des Forschungsgegenstands beleuchtet, die Forschungsfrage beschrieben und eine Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstands gegeben sowie der methodische Aufbau dargestellt. Des Weiteren erfolgt in Teil B die Hinführung zum empirischen Teil mit einer formalen Darstellung der Parlamentsfunktionen des Europäischen Parlaments (EPs) sowie der Vorstellung der verwendeten Hypothesen. Schließlich werden die Auswirkungen der Präsenz der Europaskeptiker auf die Parlamentsfunktionen empirisch analysiert, um so im Fazit eine plausible Antwort auf die Forschungsfrage zu präsentieren.

# 1 Das Europäische Parlament und Europaskeptizismus

Das Europäische Parlament (EP)<sup>1</sup> ist im Laufe seiner über 60-jährigen Geschichte mit inzwischen 751 Volksvertretern<sup>2</sup> aus den 28 Mitgliedstaaten (MS) der EU nicht nur das größte und einzige supranationale demokratisch gewählte Parlament der Welt, sondern zeichnet sich auch durch einen erheblichen Kompetenzzuwachs und die Implementierung einer transnationalen organisatorischen Struktur aus.

Das EP wird in der Politik- und Rechtswissenschaft oft als schwach im Gegensatz zu anderen nationalen Parlamenten charakterisiert:

„das von den Europäern direkt gewählte Parlament hat bekanntlich nur begrenzte Rechte (...). Auf europäischer (...) Ebene besteht keine parlamentarische Regierungsbildung und -verantwortung, keine formale Kontrolle der Exekutive, keine Einheit von Gesetzesinitiative und Beschlusskompetenz. Das heißt, sämtliche Essentials der parlamentarischen Prärogative fehlen im transnationalen Rahmen, während die faktischen Regierungsaktivitäten auf dieser Ebene täglich wachsen. Mehr noch als im Nationalstaat, wo die parlamentarischen Rechte erodieren, leben wir hier ständig in der *Stunde der Exekutive*.“ [Leggewie, 2003, 3-4]

Zahlreiche Politologen unterstützen die Marginalitätsthese zum Europäischen Parlament und wie [Maurer, 2012, 54] feststellt, weist auch das Bundesverfassungsgericht dem Parlament nur eine „sekundäre Rolle (in) stützende(r) Funktion“ zu. Diese Haltung könnte durch die kürzlich erfolgte Entscheidung vom [Bundesverfassungsgericht, 2014] zur Aufhebung der Sperrklausel für die Europawahl (welche möglicherweise die Funktionsfähigkeit des EPs negativ beeinflusst) noch einmal bestärkt worden sein (vgl. [Kaeding, 2013], [Kaeding und Pieper, 2014], [Tagesschau, 2014a]).

Jedoch ist das Europäische Parlament das „einzig direkt gewählte und auf dieser Grundlage zumindest formal unmittelbar legitimierte Organ der EU“ [Maurer, 2012, 55], welches die rund 500 Millionen EU-Bürger vertritt. Das Parlament gewann in den letzten Jahrzehnten entsprechend dem „Willen der vertragsschließenden Regierungen und vertragsratifizierenden Parlamente der EU-Mitgliedstaaten“ [ebd.] kontinuierlich an Kompetenzen hinzu. Es ist seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, das die Mehrzahl der Politikfelder betrifft, gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union (Rat).

---

<sup>1</sup>Die Bezeichnung *EP* besteht erst seit dem Inkrafttreten der EEA vom 1. Juli 1987, davor wurde es offiziell als *parlamentarische Versammlung* bezeichnet (vgl. [Maurer, 2014]).

<sup>2</sup>Die Anzahl der Sitze verändert sich im Laufe der Parlamentsgeschichte mehrmals. Seit der 8. Legislaturperiode (2014) gilt nach dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) Art. 14 Abs. 2, dass die Anzahl der Sitze 750 plus dem nicht stimmberechtigten Präsidenten umfasst. Die Sitzverteilung im Parlament erfolgt degressiv proportional. Jeder Mitgliedstaat ist mit mindestens sechs und höchstens 96 Mitgliedern vertreten.

Beim gesamten Jahreshaushalt der EU haben die Parlamentsmitglieder das Letztentscheidungsrecht. Außerdem ist es dem Parlament möglich, eine große Anzahl von Kontrollinstrumenten gegenüber den anderen EU-Institutionen zu nutzen (siehe [EU-Parlament, 2014b]).

Den Machtzuwachs konnte das Parlament bereits mehrmals unter Beweis stellen. Beispielsweise akzeptierte das EP die *Kommission Barroso I* von 2004 erst nach langwierigen Verhandlungen. Des Weiteren lehnte es ACTA (2012) ab und bewirkte die Aussetzung des SWIFT-Abkommens (2013) (vgl. [Hix et al., 2007], [VoteWatchEurope, 2011]).

Gleichzeitig gelang es durch die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (GO-EP), die Anreize zur Gründung von EP-Fraktionen und äquivalenter europäischer Parteien schafft, das EP zu einer effizienten supranationalen Institution zu entwickeln (vgl. [Maurer, 2012], [Hix et al., 2007]). Inzwischen sind im EP rund 180 nationale Parteien vertreten, welche in der Mehrzahl in Fraktionen organisiert sind.<sup>3</sup> Diese stimmen im Regelfall nicht nach Nationalität, sondern entlang der jeweiligen Parteilinie ab (vgl. [VoteWatchEurope, 2014c]). Eine Fraktion muss aus mindestens 25 Abgeordneten aus sieben Mitgliedstaaten mit entsprechender politischer Zugehörigkeit bestehen (vgl. [EU-Parlament, 2014c]). Die Fraktionsbildung und -stärke entscheidet über unten aufgelistete Faktoren, die von Vorteil für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) sein können (siehe [Maurer, 2012, 59]):

- Verteilung der Redezeiten, der Berichterstatter, der Vertreter in Ausschuss und Delegationsvorständen,
- Zulässigkeit von Anträgen zur Verabschiedung von Entschlüssen,
- Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und
- Gewinn- und Verlustkoalitionen bei Abstimmungen.

Die wahre Parlamentsarbeit findet – wie bei [Neuhold, 2001] beschrieben – in den Ausschüssen des Parlaments statt. Im Europäischen Parlament gibt es 20 ständige Ausschüsse, deren Zusammensetzung gemäß der Sitzverteilung im EP erfolgt (siehe [EU-Parlament, 2014e]).

„Die ständigen Ausschüsse beraten zu Gesetzgebungsvorhaben die Positionen des EP gegenüber Rat und Kommission. Sie entwickeln durch Anhörungen und Initiativberichte auch eigene Initiativen und Ideen, mit denen sie auf den europäischen Politikgestaltungsprozess einwirken können.“ [Maurer, 2014, 216]

---

<sup>3</sup>In der 7. Legislaturperiode gab es sieben Fraktionen: Europäische Volkspartei (EVP), Fraktion der Sozialisten und Demokraten (S&D), Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE), Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA), Europäische Konservative und Reformisten (ECR), Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) und Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD). Dies gilt auch für die 8. Legislaturperiode, jedoch nennt sich die EFD nun Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD).



Darüber hinaus ist es dem Parlament möglich temporäre Ausschüsse einzusetzen (vgl. [EU-Parlament, 2014g]) sowie bi- und multilaterale Delegationen zu parlamentarischen Institutionen von Drittstaaten und -organisationen zu entsenden (siehe [EU-Parlament, 2014a]). Trotz der eingangs aufgeführten Kritikpunkte am EP, die in zahlreichen Veröffentlichungen weiter ausgeführt sind, erklärt Dreischer, dass

„der Erfolg des Europäischen Parlaments (...) unzweifelhaft gegeben (ist). Der besondere Weg des Europäischen Parlaments offenbar durchaus erfolgversprechend (ist) und (...) als Beispiel dafür dienen (kann), wie aus einem ehemals schwachen ein starkes Parlament wird“. [Dreischer, 2006, 244]

Zeitgleich zur fortschreitenden Integration der Europäische Union (EU), in welcher das EP eine wichtige Komponente darstellt, mehren sich die kritischen Stimmen gegenüber der europäischen Integration.<sup>4</sup>

„EU-Skeptiker stellen mithin eine sichtbare Minderheit der EU-Bevölkerung dar. Seit etwa 1994 äußerte immer nur etwa die Hälfte der europäischen Bevölkerung eine eindeutig akzeptierende Haltung zur EU.“ [Beichelt, 2010, 5]

Beispiele für diese Entwicklung sind die ablehnende Haltung der französischen und niederländischen Staatsbürger gegenüber der Verfassung der EU, die reservierte Haltung der neuen MS gegenüber der EU, das für 2017 geplante Referendum zur EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich sowie die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.<sup>5</sup>

Der Begriff *Europaskeptizismus* kommt in der Literatur und im alltäglichen Sprachgebrauch selten vor, da meistens die Bezeichnung *Euroskeptizismus* verwendet wird. Dies ist kein wissenschaftlicher Begriff, sondern wurde von den britischen Medien geprägt (siehe [Spiering, 2004], [Milardović, 2009]).<sup>6</sup> [Milardović, 2009] bezieht *Euro* auf Europa und den Integrationsprozess und *Skeptizismus* auf Misstrauen gegenüber der europäischen Einigung. In der Politikwissenschaft werden auch Begriffe wie *Europhobie*, *Anti-Europäismus*, *Alter-Europäismus* oder *Europakritik* verwendet (siehe [Lang, 2010]). Da sich die Bezeichnung *Euro* in erster Linie auf eine monetäre Einheit bezieht, wird in dieser Arbeit der Begriff *Europaskeptizismus* gewählt, um so den Terminus etwas zu präzisieren.

---

<sup>4</sup>An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass das Parlament trotz seiner Entwicklung Teil eines bislang nicht final definierten Gebildes mit sui generis Charakter ist. Entscheidungsprozesse bezüglich der Kompetenzverlagerung von nationaler auf europäische Ebene laufen intergouvernemental ab. Dem EP wurde es bislang nicht vollkommen ermöglicht den Machtverlust der nationalen Parlamente zu kompensieren (vgl. [Mann, 2009], [Maurer, 2012]).

<sup>5</sup>siehe Abbildung 1 und Abbildung 2.

<sup>6</sup>Das Oxford English Dictionary definiert Euroskeptiker als *person who is opposed to increasing the powers of the European Union* und verweist auf einen Artikel der Times vom Juni 1986. Jedoch konnte man bereits in einem Artikel der Times vom November 1985 einen entsprechenden Begriff (*anti-marketeer*) finden (vgl. [Harmsen und Spiering, 2004b]).

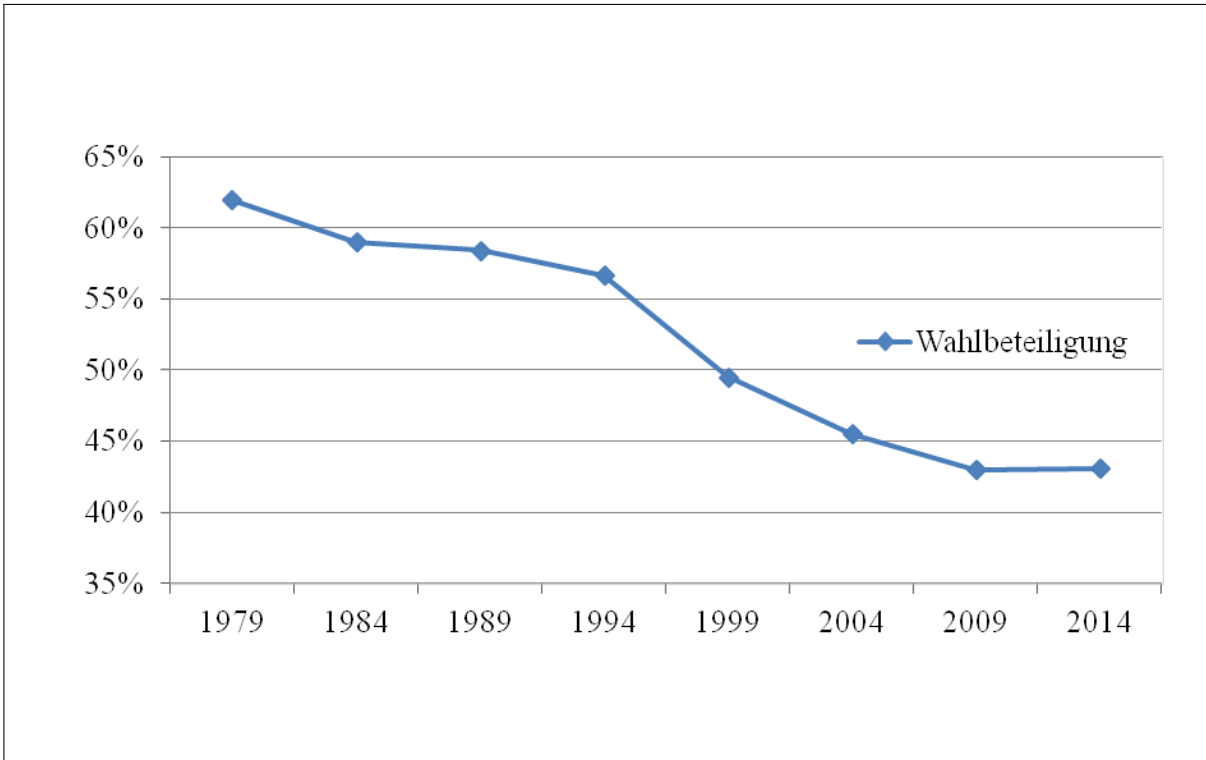


Abbildung 1: Eigene Darstellung: Die Entwicklung der Wahlbeteiligung (1979-2014); (vgl. [EU-Parlament, 2014i])

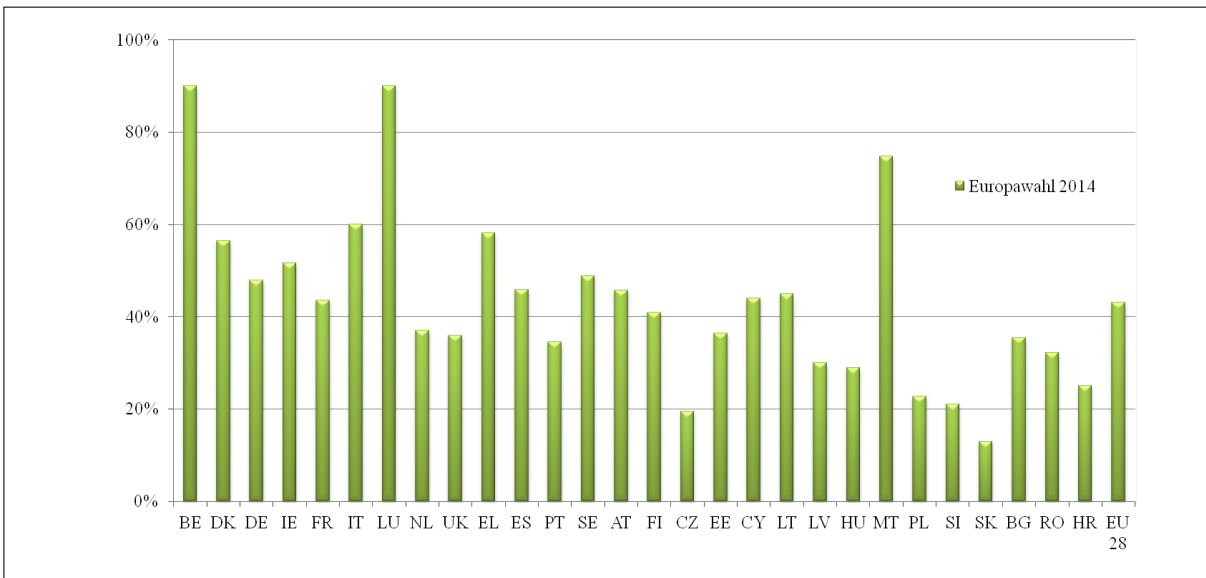


Abbildung 2: Eigene Darstellung: Die Wahlbeteiligung pro MS bei der Europawahl 2014; (vgl. [EU-Parlament, 2014j])

Europaskeptizismus ist ein Phänomen, dessen Ursprung im Vereinigten Königreich zu finden ist und 1990 auch Kontinentaleuropa erreichte, wobei er länderabhängig in Form, Art und Intensität variiert. Laut [Harmsen und Spiering, 2004b] gewinnt Europaskeptizismus an Potential je mehr die EU an Kompetenzen erhält. [Taggart und Szczerbiak, 2002, 3] führen dafür drei Gründe auf:

- Das Ende des *permissive consensus*<sup>7</sup>, welches seinen Anfang in der mühevollen Ratifizierung des Vertrags von Maastricht und den negativen Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden findet.
- Die Institutionalisierung von Referenden zur europäischen Integration und die darin enthaltene Möglichkeit der europäischen Bevölkerung ihre zunehmend europaskeptische Haltung zum Ausdruck zu bringen.
- Die Erweiterung der EU, welche eine neue und andersartige politische Agenda in den Integrationsprozess einbringt.

Wie oben beschrieben, gibt es für Europaskeptizismus keine einheitliche Bedeutung. Auch zur theoretischen Erklärung des Phänomens wurden unterschiedliche Konzepte entwickelt.<sup>8</sup> In der Politikwissenschaft wird häufig der sich auf parteibasierten Europaskeptizismus beziehende Erklärungsansatz von [Taggart und Szczerbiak, 2008] verwendet. Die Autoren unterscheiden zwischen *hard* und *soft Euroscepticism*. Harten Europaskeptizismus definieren sie als:

„principled opposition to the EU and European integration and therefore can be seen in parties who think that their counties [sic] should withdraw from membership, or whose policies towards the EU are tantamount to being opposed to the whole project of European integration as it is currently conceived.“ (ebd.,8)

Parteien werden als hart europaskeptisch eingestuft, wenn diese *single issue anti-EU Parteien* sind und ein grundlegendes Umdenken bezüglich der europäischen Integration ihres Heimatlandes fordern oder ihre Rhetorik die EU, je nach Ideologie, als *zu kapitalistisch, zu sozialistisch, zu neo-liberal oder zu bürokratisch* bezeichnet (ebd., 7-8).

Weicher Europaskeptizismus wird hingegen folgendermaßen beschrieben:

„there is not a principled objection to European integration or EU membership but where concerns on one (or a number) of policy areas lead to the expression of qualified opposition to the EU, or where there is a sense that 'national interest' is currently at odds with EU's trajectory.“ (ebd., 8)

---

<sup>7</sup>*Permissive consensus* ist die Ansicht, dass die EU-Bürger in den Anfangsjahren der EU die europäische Integration stillschweigend hinnahmen (vgl. [Taggart und Szczerbiak, 2002]).

<sup>8</sup>Entsprechende Verweise auf selbige sind in Abschnitt 3 zu finden.

Parteien, die sich kontrovers zu europäischen Themen und zur aktuellen Entwicklung der europäischen Integration äußern, werden dem weichen Europaskeptizismus zugeordnet (ebd., 8). Tabelle 1, Seite 8 stellt dar, welche Parteien der EU-15 Taggart und Szczerbiak als weich oder hart europaskeptisch einteilen.

Europaskeptizismus wurde erst in den 90ern zum wissenschaftlich relevanten Thema. [Costa und Brack, 2009] erklären jedoch, dass es seit den späten 1970ern einen Ort gab, in dem Europaskeptizismus immer präsent war: Das Europäische Parlament. Dieser Zeitpunkt lässt sich schlicht damit erklären, dass 1979 die Direktwahl für das EP eingeführt wurde. Somit konnten auch Abgeordnete in das EP einziehen, die nicht zu den von den nationalen Parlamenten entsandten europhilen Abgeordneten gehörten.

„In the early stage of European construction, from 1952 to 1979, national parliaments directly appointed MEPs, which meant that the representatives who were favorable to European integration were clearly over-represented, and that all forms of resistance to the European project were somewhat stifled.“ (ebd., 253)

Diese neuen MdEP definieren sich im Gegensatz zu den großen etablierten Parteien über ihre Gegenrede zur europäischen Integration (vgl. [Harmsen und Spiering, 2004b], [Costa und Brack, 2009]) und konnten damit zahlreiche Stimmen gewinnen.

	<b>Hard</b>	<b>Soft</b>
Austria		Freedom Party
Belgium	Flemish Block Belgian Labour Party Communist Party	Francophone Christian Democrats New Flemish Alliance Front National
Denmark	People's Movement against the EU Unity List	Socialist People's Party Danish People's Party Christian People's Party June Movement
Finland	Communist Party Forces for Change in Finland	True Finns
France	Communist Lutte Ouvrière Revolutionary Communist League National Front National Movement	Citizens Movement Movement for France Rally for France and Independence of Europe
Germany	Republicans German People's Union German National Democratic Party	Party of Democratic Socialists Christian Democratic Union Social Democratic Party Free Democratic Party Christian Social Party
Greece	Communist Party	Democratic Social Movement Political Spring Synaspismos (faction)
Ireland	Sinn Fein Socialist Workers' Party	Green Party Christian Solidarity Party Socialist Party Workers' Party
Italy	Northern League	National Alliance Communist Refoundation
Luxembourg		Action Committee for Democracy and Pensioners Justice The Left
The Netherlands		Green Party Socialist Party Reformed Political Federation Political Reformed Party Reformed Political League
Portugal		Communist Party Greens
Spain		United Left Galician Nationalist Bloc
Sweden	Green Party Left Party New Future KALE (faction in Christian Democratic Party) Centre No to EU (faction in Centre Party)	Norrbotten Party Social Democrats Against EMU (faction in Social Democrats) Centre Party
United Kingdom	UK Independence Party Socialist Labour Party British National Party	Green Party Conservative Party Scottish Socialist Party Socialist Alliance Democratic Unionist Party

Tabelle 1: Politische Parteien mit hartem oder weichen Europaskeptizismus (2002);  
[Taggart und Szczerbiak, 2008, 11]

## 2 Problemstellung, Forschungsfrage und forschungsleitende Fragen

Inzwischen und insbesondere nach dem Wahlerfolg der Europaskeptiker bei der Europawahl 2014 gibt die Aversion der europaskeptischen Abgeordneten gegen die europäische Integration Anlass zur Sorge. Bisher gibt es allerdings kaum Erkenntnisse über die möglichen Auswirkungen der Präsenz der Europaskeptiker auf das EP und somit die Politik der EU (vgl. [Costa und Brack, 2009]).

Europaskeptische Parteien stellen das systemkritische Parteienspektrum der EU dar, welches wie folgt definiert wird:

„Systemkritische Parteien äußern ihre Haltung häufig in Protest oder betonen ihre kritische Haltung gegenüber der vorherrschenden Politik (Anti-Establishment-Parteien). Anti-System-Parteien formulieren ihre prinzipielle Absage an die herrschende Verfassungsordnung.“ [Jun, 2013, 128]

Dennoch sind systemkritische Parteien unter anderem in Institutionen des von ihnen missbilligten politischen Systems vertreten. Aufgrund dieser Situation und der oben beschriebenen Definition gilt es herauszufinden, ob und wie sie die jeweilige Institution und damit möglicherweise auch das politische System beeinflussen.

Laut Brack wird das EP in der Politikwissenschaft (siehe [Katz, 2008], [Scully, 1999], [Marsh und Wessels, 1997]) als „bastion of pro-integrationist opinions with a predominant Europhile orientation among its members“ [Brack, 2012, 151] betrachtet. Seit den ersten Direktwahlen sowie den Erweiterungsrounds und der konstanten Weiterentwicklung der EU kann man im EP jedoch „increased diversity in political positions and visions of European integration among European elites“ [Brack, 2012, 151] finden. Unter dieser Vielfalt befinden sich auch europaskeptische Parteien, welche den von [Jun, 2013] beschriebenen systemkritischen Parteien zuzuordnen sind, da sie, je nach Intensität ihres Europaskeptizismus, Rückschritte im Integrationsprozess fordern oder die Auflösung der EU präferieren. Die Präsenz europaskeptischer Parteien nahm seit den ersten Direktwahlen zum EP 1979 stetig zu (vgl. Abbildung 3 und 4). Die Wahl in das Parlament ermöglicht den Europaskeptikern den Zugang zur supranationalen Ebene und politische Legitimation, welche ihnen auf nationaler Ebene oft verwehrt bleibt (vgl. [Kietz und von Ondarza, 2014]).<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup>Dies könnte unter anderem daran liegen, dass die Wahlen zum EP als *second-order elections* angesehen werden (vgl. [Reif und Schmitt, 1980]) oder die entsprechenden Parteien durch das politische System des Nationalstaats kaum Chancen zur parlamentarischen Vertretung erhalten (z. B. Sperrklauseln bei Parlamentswahlen oder Zwei-Parteiensystem).

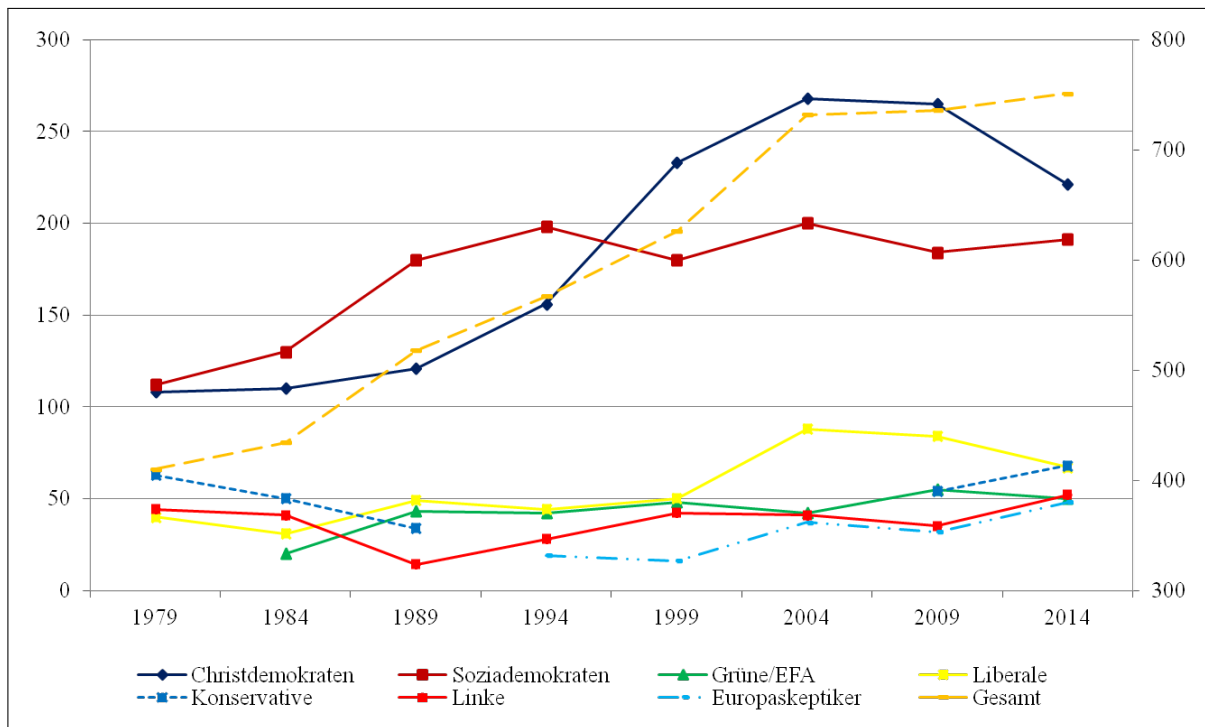


Abbildung 3: Eigene Darstellung: Sitzverteilung im Europäischen Parlament (1979-2014); (vgl. [EU-Parlament, 2014k])<sup>10</sup>

Durch diese Legitimation können die europaskeptischen Parteien der EU nach Jun und Kreikenborn den etablierten europäischen Kleinparteien zugeordnet werden:

„Etablierte Kleinparteien stellen jene Parteien dar, die zwar keine Volksparteien sind, sich jedoch dauerhaft im politischen System etablieren konnten, was vor allem an einer kontinuierlichen parlamentarischen Vertretung ablesbar ist.“  
[Mittag und Steuer, 2010]

Jedoch erhalten sie durch den Mandatsgewinn nicht nur eine neue Art der Legitimation, sondern auch die Möglichkeit aktiv am Politikgestaltungsprozess mitzuwirken. Wie im Forschungsstand deutlich werden wird, gibt es momentan kaum Forschungsarbeiten zu dem Wirken der Europaskeptiker im EP.<sup>11</sup> Die Medienberichterstattung, Aussagen von Politikern und wissenschaftliche Veröffentlichungen vor den Europawahlen 2014 weisen jedoch daraufhin, dass es diesbezüglich ein Forschungsdesiderat gibt.

<sup>10</sup>In der Graphik wurden politische Richtungsbezeichnungen gewählt, um einen allgemeinen Überblick zur Entwicklung der Sitzverteilung im EP zu geben. (Mit Europaskeptiker sind rechte Europaskeptiker gemeint.) Die Angaben beziehen sich auf das neue konstituierende Parlament jeder Legislaturperiode. Veränderungen aufgrund von Beitritten während einer Legislaturperiode werden nicht beachtet. Die Sekundärachse bezieht sich auf die gesamte Sitzanzahl.

<sup>11</sup>siehe Abschnitt 3.

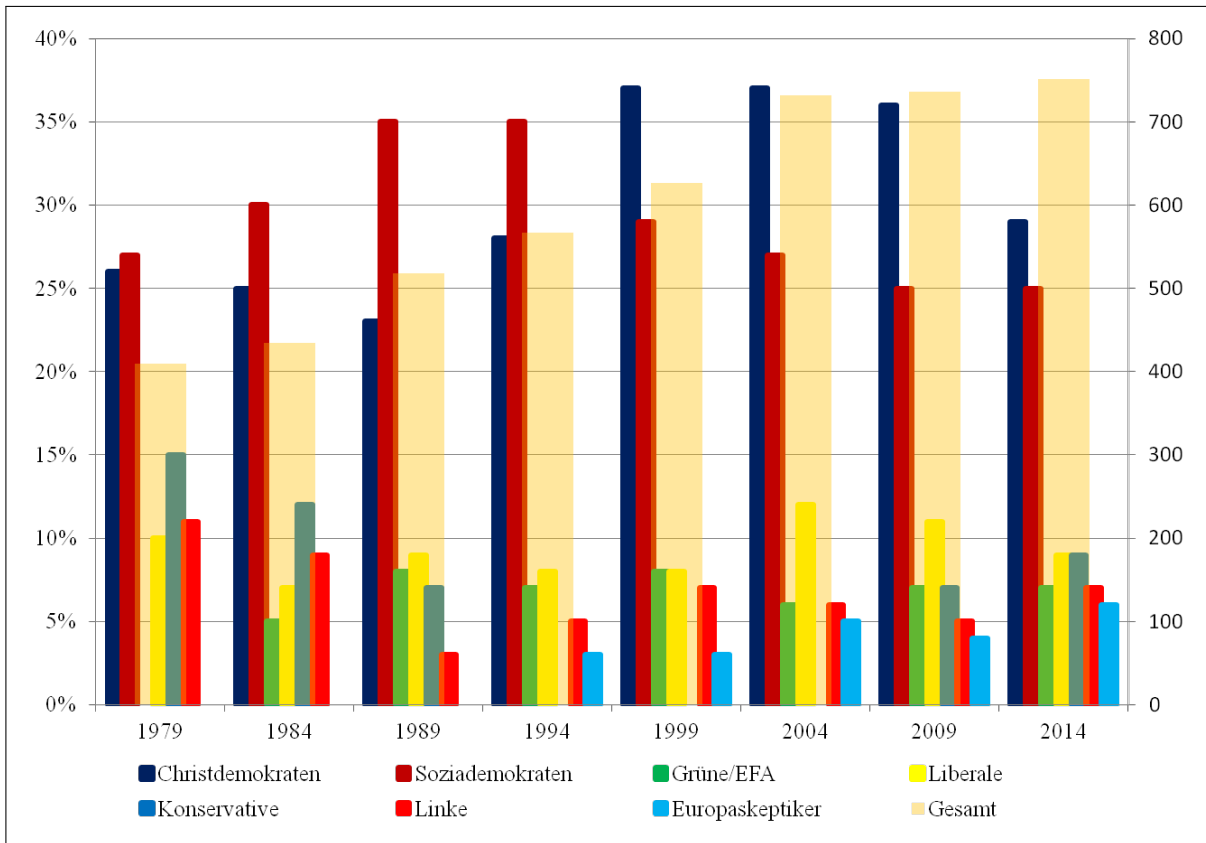


Abbildung 4: Eigene Darstellung: Sitzverteilung im Europäischen Parlament in Prozent (1979-2014); (vgl. [EU-Parlament, 2014k])

In dieser Arbeit soll folgende Forschungsfrage beantwortet werden:

*Hat die Präsenz europaskeptischer Fraktionen im Europäischen Parlament Auswirkungen auf die Parlamentsfunktionen?*

Diese wurde von der übergeordneten Fragestellung

*Hat die Präsenz systemkritischer Abgeordneter Auswirkungen auf die Funktionen eines Parlaments?*

abgeleitet und impliziert drei Leitfragen, die im theoretischen und empirischen Teil beantwortet werden:

1. Wie können Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teilnehmen?
2. Inwieweit nehmen europaskeptische Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teil?
3. Inwieweit beeinflussen europaskeptische Fraktionen die Ausübung der Parlamentsfunktionen?



### 3 Forschungsstand

Das EP und die in ihm stattfindenden Prozesse sind in der Politikwissenschaft relativ umfassend erforscht. Besonders die Werke von Simon Hix erklären neben der EU im Allgemeinen auch ausführlich die Vorgänge im Parlament (siehe [Hix, 2008], [Hix und Høyland, 2011], [Hix et al., 2007], [Hix und Lord, 1997]). Des Weiteren sind die Veröffentlichungen von [Corbett et al., 2011] zu den Prozessen im EP zu erwähnen.

Zur Vertiefung der Materie gibt es Veröffentlichungen zum Ausschusssystem, zu den Parteien und Fraktionen sowie zu den Parlamentsfunktionen. Das Ausschusssystem des Europäischen Parlaments – von [Neuhold, 2001] als *legislative backbone* bezeichnet – wird in der Literatur eingehend erforscht, so beispielsweise bei [Whitaker, 2011], [Yordanova, 2013], [Mamadouh und Tapio, 2003] oder [Hurka und Kaeding, 2012]. Europäische Parteien und Fraktionen im EP werden unter anderem bei [Jun und Höhne, 2012], [Höhne, 2013], [Lindberg et al., 2010] sowie [Poguntke et al., 2013] beleuchtet.

[Grabitz et al., 1988], [Dreischer, 2006] und [Maurer, 2012] entwickelten verschiedene Konzepte zu den Parlamentsfunktionen des Europäischen Parlaments, die – wie auch Forschungsarbeiten zu den Parlamentsfunktionen anderer Parlamente – auf dem Funktionenkatalog von [Bagehot, 1971] zum Englischen Parlament aufbauen.

Forschungsarbeiten zum Begriff Europaskeptizismus vermehrten sich zeitgleich zur Zunahme von Europaskeptizismus [Harmsen und Spiering, 2004b]. Neben den bereits erwähnten Veröffentlichungen von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart zu *hard* und *soft Euroscepticism* (siehe [Taggart, 1998], [Taggart und Szczerbiak, 2001], [Taggart und Szczerbiak, 2002]), ist auch die Arbeit von Petr Kopecký und Cas Mudde zu nennen, die eine Kategorisierung entwickelten, die dem Modell von [Easton, 1965] zur Unterstützung politischer Systeme folgend, zwischen *specific* und *diffuse support* für die EU differenziert (vgl. [Kopecký und Mudde, 2002], [Kopecký und Mudde, 2001]). Beide Konzepte der genannten Autoren erfassen parteibasierten Europaskeptizismus und liegen zahlreichen Länderstudien zugrunde (z. B. [Szczerbiak und Taggart, 2008b], [Szczerbiak und Taggart, 2008a], [Harmsen und Spiering, 2004a], [Raunio, 2012], [Wellings, 2012]), die Europaskeptizismus auf nationaler Ebene analysieren. Des Weiteren verfassten [Sørensen, 2007], [Sørensen, 2008] und [Fuchs et al., 2009] theoretische Abhandlungen zu bevölkerungsbasiertem Europaskeptizismus.

Ein Erklärungsansatz zu pro-europäischem und europaskeptischem Verhalten, basierend auf der Cleavage-Theorie von Rokkan und Lipset, ist in *Euroscepticism and European Integration* von [Arató und Kaniok, 2009] zu finden. Dabei werden auch umfassend der Begriff Europaskeptizismus sowie einzelne Aspekte dieser politischen Einstellung erklärt.

Jedoch gibt es auch Gegenstimmen zu der Theorie des Europaskeptizismus. [Sitter, 2002] betrachtet Europaskeptizismus lediglich als eine Dimension im Verhältnis von Regierung und Opposition. Er definiert Europaskeptizismus als *product of party strategy* oder *the politics of opposition*.

Empirische Untersuchungen von Europaskeptizismus beziehen sich meistens auf rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien (siehe [Grabow und Hartleb, 2013], [Szczerbiak und Taggart, 2008b], [Szczerbiak und Taggart, 2008a]).

Linkspopulisten und Linksextreme werden geringfügiger beachtet (z. B. [March, 2011], [Keith und McGowan, 2014]). Noch weniger wird das Verhalten europaskeptischer Abgeordneter im EP untersucht.

„Though Euroscepticism is not a new phenomenon in the EP, (...) and despite the fact that the strong hostility of the Eurosceptic MEPs is becoming a major cause for concern very few academic studies have addressed the problem.“

[Costa und Brack, 2009, 253-254]

Vor den Europawahlen 2014 erschienen mehrere spekulative Arbeiten von Think Tanks, wie SWP und Jacques Delors Institute, zu den möglichen Wahlerfolgen der Europaskeptiker und den daraus resultierenden Auswirkungen für die Europäische Union (siehe [Bertoncini und Kreilinger, 2013], [Kietz und von Ondarza, 2014], [Jacobs et al., 2014]).

Veröffentlichungen zur Haltung und Motivation von europaskeptischen Abgeordneten stammen von [Brack, 2012] und [Costa und Brack, 2009]. Sie analysieren qualitativ die zunehmende kritische Haltung gegenüber Europa, die inzwischen auch in europäischen Institutionen zu finden ist.

Die hier vorliegende Abhandlung knüpft an die letztgenannten Veröffentlichungen an. Anstatt einer Analyse des individuellen Verhaltens und der Beweggründe der europaskeptischen Abgeordneten, wird aber das Verhalten von europaskeptischen Fraktionen untersucht und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Parlamentsfunktionen. Die verwendeten Hypothesen werden größtenteils aus den spekulativen Arbeiten der Beratungsinstitute hergeleitet.

## 4 Methode

Die vorliegende Arbeit sieht vor die Auswirkungen der Präsenz der Europaskeptiker im Europäischen Parlament zu untersuchen. Diese Frage wird über die Teilnahme europaskeptischer Fraktionen an den Parlamentsfunktionen und den daraus folgenden Effekten operationalisiert. Zu den Funktionen des Parlaments gibt es mehrere Veröffentlichungen. Der ausführlichste Funktionenkatalog wurde wohl von [Grabitz et al., 1988] erarbeitet. Da dieser von 1988 stammt, könnte er jedoch der jüngsten Entwicklung des Europäischen Parlaments nicht mehr gerecht werden. Letztendlich wird für diese Arbeit ein relativ allgemein gültiger Funktionenkatalog für demokratisch gewählte Parlamente gewählt, der – wenn nötig mit einer gewissen Modifikation – auf alle Parlamente weltweit anzuwenden ist. Er wird mit Informationen aus den Arbeiten von [Grabitz et al., 1988], [Dreischer, 2006], [Maurer, 2012] und [Hix et al., 2007] bestückt. Der Funktionenkatalog umfasst die Legislativ-, Wahl- und Rekrutierungs-, Kontroll- und Repräsentationsfunktion.

Da das Abgeordnetenmandat formal zur Teilnahme an den Parlamentsfunktionen berechtigt, kann durch die Darstellung der Teilnahme europaskeptischer Parlamentarier ein Eindruck gewonnen werden, wie sich ihre Präsenz auf die Parlamentsfunktionen auswirkt. Dabei wird nicht der Grad der Teilnahme einzelner Abgeordneter analysiert, sondern der von Fraktionen. Es wäre möglich eine qualitative Analyse des individuellen Verhaltens durchzuführen, um zu ermitteln, wie sich die Präsenz der Europaskeptiker auf die Parlamentsfunktionen des EPs auswirkt.<sup>12</sup> Jedoch erfordert eine qualitative Studie einen zeitlichen Aufwand und inhaltlichen Umfang, die das Ausmaß einer Bachelorarbeit überschreiten würden.

Die transnationalen Fraktionen sind außerdem einflussreicher als einzelne Abgeordnete und somit die Mitgliedschaft in den selbigen ausschlaggebend für die Arbeit der Abgeordneten (siehe [Maurer, 2012, 59]). Sie erhalten durch eine Mitgliedschaft ihrer nationalen Parteien in Fraktionen erhebliche Vorteile finanzieller und machtpolitischer Natur.<sup>13</sup> Wie [Costa und Brack, 2009] feststellten, sind in allen Fraktionen (abgesehen von ALDE) europaskeptische Tendenzen zu finden, was dem folgenden Argument von [Taggart, 1998, 377] entspricht: „the ideological position of a party does not give us enough information to deduce its position on the EU“.

Diese Beobachtung würde dem theoretischen Aspekt des weichen Europaskeptizismus folgen. Jedoch werden in dieser Arbeit nur zwei Fraktionen beleuchtet, die dem harten Europaskeptizismus zugeordnet werden.

---

<sup>12</sup>Eine Verhaltensanalyse einzelner Abgeordneter wurde tatsächlich von [Brack, 2012] durchgeführt, jedoch gibt diese keine unmittelbaren Aufschlüsse über die Auswirkungen auf die Parlamentsfunktionen.

<sup>13</sup>siehe Abschnitt 1 Das Europäische Parlament und Europaskeptizismus, Seite 2.

Zum einen die *EFDD*<sup>14</sup>, welche seit 2009 im Europäischen Parlament ist. Sie zeichnet sich durch die konstante Präsenz ihrer Mitgliedsparteien im Parlament aus. Von diesen war ein Großteil auch von 2004 bis 2009 in der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM) und in der Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN) organisiert. Die Fraktion gilt als europaskeptisch und wird von [Brack, 2012] dem harten Europaskeptizismus zugeteilt.

Zum anderen die 1994 gegründete GUE/NGL, die seitdem kontinuierlich im Europäischen Parlament vertreten ist.<sup>15</sup> Teilweise sind die Mitgliedsparteien auch Mitglieder in der *Partei der Europäischen Linken*, welche 2004 als europäische Partei anerkannt wurde. Der Definition von Taggart und Szczerbiak folgend wird die GUE/NGL als hart europaskeptisch bezeichnet (vgl. [Grabow und Hartleb, 2013, 17-18]).<sup>16</sup>

[Hartleb, 2012] und [Costa und Brack, 2009] bezeichnen auch die ECR als europaskeptisch – eine Bezeichnung, der man nach dem Beitritt der Alternative für Deutschland und der Perussuomalaiset<sup>17</sup> nach der Europawahl 2014 um so mehr zustimmen kann.

Dennoch sollen in dieser Arbeit nur die Extreme des linken und rechten politischen Spektrums untersucht werden, zumal die ECR nicht die Zerstörung der Union oder die Aushöhlung der Zusammenarbeit fordert, sondern eine Reform der EU, die zu „an EU of cooperation and common sense“ [ECR, 2014] führen soll. Bei einer umfangreicheren Arbeit wäre es jedoch empfehlenswert die ECR mit einzuschließen, insbesondere da die ECR in der 8. Legislaturperiode aufgrund der erwähnten neuen Abgeordneten in eine noch europaskeptischere Richtung tendieren könnte.

Um die Auswirkungen der Präsenz der Europaskeptiker zu analysieren, wurden aus der einschlägigen Literatur Faktoren identifiziert und mit Hypothesen verknüpft, welche den Analyserahmen für den empirischen Teil darstellen.

Während die Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion weitestgehend quantitativ mit einigen qualitativen Hinweisen untersucht wird, gestaltet sich der Untersuchungsrahmen der Repräsentationsfunktion qualitativ. Im Abschnitt zur Gesetzgebungsfunktion werden die Daten von VoteWatchEurope<sup>18</sup> und Forschungsarbeiten, die Koalitionen in den letzten beiden Legislaturperioden darstellen, herangezogen. Die Teilnahme an der Kontrollfunktion wird anhand der Benutzungshäufigkeit von Kontrollinstrumenten untersucht. Um die Benutzungshäufigkeit zu ermitteln, werden die vorhandenen Daten der EP-Webseite zu den Fragemöglichkeiten der Abgeordneten analysiert.

---

<sup>14</sup>Ab der 8. Legislaturperiode *EFDD*

<sup>15</sup>Wie Abbildung 3, Seite 10 zu entnehmen ist, waren die Mitglieder beider Fraktionen auch schon früher im Europäischen Parlament vertreten.

<sup>16</sup>Taggart und Szczerbiak ordnen Parteien dem harten Europaskeptizismus zu, die die EU als *zu kapitalistisch*, *zu sozialistisch*, *zu neo-liberal* oder *zu bürokratisch* erachten. *Zu sozialistisch* trifft auf die GUE/NGL nicht zu. Siehe 1 Das Europäische Parlament und Europaskeptizismus.

<sup>17</sup>frühere Bezeichnung: Wahre Finnen; seit 2012: Die Finnen

<sup>18</sup>VoteWatchEurope ist eine unabhängige NGO, die versucht, durch die Analyse der Anwesenheit und des Abstimmungsverhaltens der MdEP, den Gesetzgebungsprozess in der EU transparenter zu machen.

Die Untersuchung der Repräsentationsfunktion sieht einen Blick auf die nationale Ebene des Vereinigten Königreichs und Griechenlands vor.

Beide Fallbeispiele sollen Hinweise auf die Plausibilität der Hypothese liefern und werden auf der Medienberichterstattung basierend betrachtet. Dabei wird zum einen die Berichterstattung der TAZ herangezogen. Die TAZ ist eine überregionale deutsche Tageszeitung, die dem linken Spektrum zugeordnet ist und insbesondere vor der Europawahl 2014 mit einer ausführlichen Berichterstattung zu europäischen Themen auf sich aufmerksam machte.

Zum anderen werden Informationen von EurActiv gewonnen. EurActiv ist ein Internet-Nachrichtenportal, das ausschließlich über europäische Themen und speziell über die politischen Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten berichtet. Die politische Ausrichtung beider Medien ist für diese Arbeit nicht von Bedeutung, da es lediglich um die Darstellung von Fakten und Prozessen geht.

## **B Die Auswirkungen der Präsenz europaskeptischer Fraktionen im Europäischen Parlament auf die Parlamentsfunktionen**

Die europaskeptischen Fraktionen des linken und rechten Spektrums – also GUE/NGL und EFDD – konnten in der letzten Europawahl beachtlich an Sitzen hinzugewinnen und vertreten inzwischen fast 15 Prozent der europäischen Bürger.

Zudem erhielten die nationalen Mitgliedsparteien der EFD und der GUE/NGL teilweise die höchste Sitzanzahl in den jeweiligen MS, so zum Beispiel die Vereinte Soziale Front (Syriza) in Griechenland und die United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien. Auch andere europaskeptische Parteien, die in keiner EP-Fraktion vertreten sind oder das erste Mal antraten, waren bei der Europawahl erfolgreich. Die Front National (FN) wird in Zukunft ein Drittel der 74 französischen MdEP stellen und die Alternative für Deutschland (AfD) konnte über fünf Prozent der Stimmen in Deutschland gewinnen und wird in Zukunft Mitglied der ECR sein (vgl. [Balmer, 2014a]).

Während Nigel Farage vor den Europawahlen 2014 ein *Erdbeben* versprach, planten Geert Wilders (Partij voor de Vrijheid (PVV)) und Marine LePen (FN) eine „Sperrminorität (zu) bilden, um den europäischen Aufbau zu blockieren“ und Alexis Tsipras (GUE/NGL) erklärte, dass diese Wahl ein Kampf ums Leben sei (siehe [Volkery, 2014], [Balmer, 2014c], [Höhler, 2014]). Dennoch ist die geplante rechtsextreme Fraktion von LePen und Wilders nicht zustande gekommen und ein „Erdbeben“ – zumindest auf europäischer Ebene – ausgeblieben. Die Frage stellt sich eher, ob das EP durch die Nominierung Junckers zum Kommissionspräsidenten durch die Wahl gestärkt wurde. Die EU betreibt zumindest dem Anschein nach *business as usual*.

Nichtsdestotrotz – die Präsenz der Europaskeptiker im EP ist auch nach dieser Wahl nicht zu leugnen und die Frage bleibt, ob die Präsenz der Europaskeptiker im EP Auswirkungen auf die Funktionsweise des Europäischen Parlaments hat. In der vorliegenden Arbeit wird die Frage in der Retrospektive beantwortet und daraus folgend ein Blick in die Zukunft geworfen.

Zunächst werden die Auswirkungen der Präsenz der europaskeptischen Fraktionen auf die Parlamentsfunktionen untersucht. Dabei werden nicht nur die Forschungsfrage, sondern auch die Leitfragen beantwortet. In Abschnitt 1 Die Funktionen im Detail werden die Funktionen dargestellt und die Frage „Wie können Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teilnehmen?“ beantwortet.

Basierend auf den im Forschungsstand genannten Veröffentlichungen und weiterer einschlägiger Literatur werden im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit Hypothesen hergeleitet und formuliert. Diese Hypothesen stellen dabei eine Auswahl möglicher Hypothesen bezüglich der Forschungsfrage dar und könnten in einer umfangreicheren Arbeit erweitert werden. Im empirischen Teil wird die Teilnahme der europaskeptischen Fraktionen an der Repräsentations-, Kontroll- und Legislativfunktion untersucht und die Leitfragen beantwortet.

## 1 Die Funktionen im Detail

Dem Europäischen Parlament kommt in der EU die besondere Rolle zu, die europäischen Bürger auf der politischen Bühne in Brüssel oder Straßburg zu repräsentieren. Das EP ist inzwischen wie jede andere Legislative organisiert und mobilisiert, um seinen Einfluss in Bezug auf die europäische Gesetzgebung und die Exekutive zu festigen und zu erweitern (siehe [Hix und Høyland, 2011]). Dabei fallen dem EP bestimmte Funktionen zu, die ihre Rechtsgrundlagen im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Art. 223 bis 234, Art. 314 und in der GO-EP (nach AEUV Art. 232) finden. In der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments wird die „Organisationsstruktur und Arbeitsweise“ [EU-Parlament, 2010] des Parlaments erklärt.

[Maurer, 2012, 37] beschreibt Parlamentsfunktionen als

„Mechanismen und Verhaltensweisen, mit deren Hilfe und durch die das Parlament die Grundfunktionen der Repräsentation in der Demokratie erfüllt.“

Jedoch dienen sie nicht nur der Erfüllung besagter Grundfunktionen, sondern ermöglichen auch die Reduzierung der „Komplexität und (der) Inkohärenz des gesamten Wirkens eines Parlaments in sinnvoller Weise“ [Grabitz et al., 1988, 51]. Somit erleichtert eine Definition dieser die komplexen parlamentarischen Entscheidungsprozesse zu untersuchen. Zu den Funktionen des EPs gibt es mehrere Kataloge, die zwar teilweise verschiedene Bezeichnungen verwenden, letztendlich jedoch aufeinander aufbauen. Das [EU-Parlament, 2014f] schreibt sich selbst die Legislativ-, Haushalts- und Kontrollfunktion zu. Umfassendere Funktionskataloge wurden von [Grabitz et al., 1988] und [Dreischer, 2006] entworfen. [Grabitz et al., 1988] sprechen von Politikgestaltungs-, Systemgestaltungs- und Interaktionsfunktion und vollziehen eine Funktionsbilanz des EPs. [Dreischer, 2006] untersuchte instrumentelle und symbolische Funktionen aus der Perspektive der Abgeordneten. [Maurer, 2012] entwickelte den Funktionskatalog von [Grabitz et al., 1988] weiter und wird in dieser Arbeit zu einem großen Teil herangezogen sowie auch die Informationen vom Parlament und den anderen Funktionskatalogen.

Zunächst wird die Wahl- und Rekrutierungsfunktion erörtert, so dann die Repräsentations-, Kontroll- und Legislativfunktion. Dabei werden die Hypothesen vorgestellt und beschrieben, wie diese untersucht werden.

### 1.1 Wahl- und Rekrutierungsfunktion

Die Wahl- und Rekrutierungsfunktion variiert von politischem System zu politischem System und kann unter Umständen auch die Ausgestaltung von Kontroll-, Legislativ- und Repräsentationsfunktion beeinflussen. Je nachdem wie eng die Verbindung zwischen Exekutive und Legislative ist, verändern sich auch die übrigen Funktionen (siehe [Dreischer, 2006]). Die Wahl- und Rekrutierungsfunktion des EPs entwickelte sich eher zögerlich, musste doch erst die Voraussetzung einer „Verbindung zwischen der Zusammensetzung der Kommission einerseits und der parlamentarischen Mehrheit andererseits“ [Jacqué, 1989, 217] erfüllt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Möglichkeit des Misstrauensantrags gegen die Kommission geschaffen.<sup>19</sup> In der Folge bestand das Parlament auch auf die parlamentarische Mitwirkung bei der Ernennung der Kommission. Es argumentierte mit der „*These der doppelten bzw. gemeinsam getragenen Legitimation der Europäischen Kommission durch Regierung und Parlament*“ [Maurer, 2012, 113]. Diese Argumentation wurde durch die Einführung der Direktwahl bestärkt. Seit dem Vertrag von Maastricht wurde das Parlament vor der Ernennung des Kommissionspräsidenten vom ER angehört. Nach der Nominierung der übrigen KOM-Mitglieder wurde über die gesamte Europäische Kommission (KOM) im Plenum votiert. Durch eine Reform der GO-EP wurde die Option geschaffen, dass sich die Kommissionsmitglieder in den ihren Zuständigkeitsbereich betreffenden Parlamentsausschüssen vorstellen (GO-EP Art. 106). Über die Anhörung wird schließlich ein Bericht des Ausschusses an den Parlamentspräsidenten weitergeleitet. Aus der GO-EP ergibt sich jedoch keine Verpflichtung für die Kommissionsmitglieder der Einladung Folge zu leisten. In der Vergangenheit wurden von der Kommission aufgrund des Kollegialitätsprinzips oft Bedenken gegen dieses Vorgehen geäußert. Parlament und Kommission fanden jedoch Wege diese Bedenken aufzulösen. So äußern sich die Parlamentarier inzwischen entlang des Kohärenzkriteriums und informieren den KOM-Präsidenten über ihre Beurteilung, wodurch dieser die Möglichkeit erhält Änderungen bezüglich Personen und Programm vorzunehmen. Nach der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags muss das EP inzwischen auch dem Kandidaten für das Amt der Kommissionspräsidenten zustimmen. Des Weiteren wurden die Legislaturperioden von Parlament und KOM angeglichen, sodass das Einsetzungsverfahren der Kommission direkt nach der Europawahl stattfindet.

Das Parlament kann sich bereits im Vorfeld der Europawahlen zu einem Kandidaten für das Amt der Kommissionspräsidenten positionieren. Unter Umständen kann es so die Auswahl des Kandidaten frühzeitig beeinflussen (vgl. [Maurer, 2012]).

---

<sup>19</sup>siehe dazu 1.3 Kontrollfunktion.



Die Entwicklung des EPs zu einem Rekrutierungs- und Kurationsorgan erhielt noch mehr Dynamik durch den Vertrag von Lissabon. Nach EUV Art. 17 Abs. 7 und 8 gilt:

„Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.“

Dadurch wurde die Möglichkeit für ein neues Verfahren kreiert, welches zu einer direkteren Bindung von Parlament und Kommission führt. Dabei können die europäischen Parteien Spitzenkandidaten aufstellen, die einen europaweiten und personalisierten Wahlkampf führen. Der Spitzenkandidat der größten Fraktion im EP wird schließlich vom ER als Kommissionspräsident vorgeschlagen, welcher dann vom EP gewählt wird. [Maurer, 2012, 123] erklärt, dass durch diese Art des Investiturverfahrens das fehlende Initiativrecht des Parlaments kompensiert wird,

„weil eine direkte Bindung zwischen Parlament und Kommission auf der Basis zuvor festgelegter Bezugsmerkmale im Bereich des Arbeitsprogramms und der hierfür zuständigen Kommissionsmitglieder hergestellt wird“.

Bei der Ernennung des Präsidenten sowie weiteren Personalentscheidungen für die Europäische Zentralbank (EZB) und der Ernennung der Mitglieder des Rechnungshofs wird das EP angehört. Das Parlament ist außerdem für die Wahl des Bürgerbeauftragten zuständig (ebd.).

Durch die konsequente Weiterentwicklung dieser Funktion ist das Parlament ein entscheidender Akteur bei Personalentscheidungen geworden. Dies gilt vor allem für die Investitur der Kommission. Bei der ersten Kommission unter Kommissionspräsident Barroso zog Barroso seinen Vorschlag für die KOM-Mitglieder noch vor der entscheidenden Abstimmung zurück. Bereits während den Anhörungen wurde deutlich, dass das Parlament die Kommission nicht akzeptieren würde, da der italienische Kommissar durch negative Äußerungen bezüglich Homosexualität und Frauen auffiel und von den Sozialdemokraten wie Liberalen nicht akzeptiert worden wäre. Nachdem Barosso einen neuen Vorschlag ausgearbeitet hatte, wurde die Kommission bestätigt (vgl. [Hix et al., 2007]).

Für die Europawahl 2014 nominierten die europäischen Parteien wie oben beschrieben Spitzenkandidaten. Trotz langer Diskussionen und der Gegenstimmen von Großbritannien und Ungarn wurde dieses Verfahren bei der Europawahl 2014 erstmals vollzogen und Jean-Claude Juncker – der Spitzenkandidat der EVP – vom Europäische Rat (ER) zum designierten Kommissionspräsidenten ernannt. Die Wahl durch das Europäische Parlament wird am 16. Juli 2014 erfolgen und gilt als gesichert (siehe [EurActiv, 2014b]).

Da es keine Anzeichen gibt, dass die Präsenz der europaskeptischen Fraktionen im EP auf diese Funktion Auswirkungen hat, wird sie im empirischen Teil nicht weiter untersucht.

Die Gestaltung der Wahlfunktion erfolgt vornehmlich entlang der interinstitutionellen Konfliktlinie. Im Regelfall versucht sich das Parlament gegen den ER durchzusetzen, während der ER schon von vornherein die Haltung des Parlaments gegenüber einem Kandidatenvorschlag zu antizipieren versucht. Damit lässt sich vermutlich die Nominierung Junckers erklären, da das Parlament auf eine Form von *Automatismus* bestand. Bei der Zustimmung zur Kommission sowie bei einem Misstrauensantrag entscheiden Mehrheiten, die von den europaskeptischen Fraktionen nicht erreicht werden können. Dies zeigt sich unter anderem durch die Tatsache, dass alle bisherigen Kommissionspräsidenten Mitglieder der zwei größten Parteien der EU waren und auch ganz aktuell bei der Wahl Junckers zum Kommissionspräsidenten. Inzwischen erklärten nicht nur EVP und S&D ihre Unterstützung für den Kandidaten der Christdemokraten, sondern auch ALDE und Grüne/EFA (siehe [Tagesschau, 2014b]). EVP und S&D würden bereits mehr als die nötigen 376 Stimmen erhalten (412), mit ALDE und Grüne/EFA zusammen könnte sich Juncker auf eine Mehrheit von 529 Stimmen stützen.

Es ist kaum vorstellbar, dass der Spitzenkandidat der GUE/NGL, Alexis Tsipras, jemals eine Chance auf das Amt des Kommissionspräsidenten hatte. Die europafreundlichen Parteien würden in dieser entscheidenden Angelegenheit wohl nicht mit den europaskeptischen Linken kooperieren und die sozialdemokratischen wie christdemokratischen Regierungen Europas hätten dies verhindert. Die EFD stellte keinen Spitzenkandidaten auf. Sollten sich die Mehrheitsverhältnisse im EP in der Zukunft entscheidend ändern oder sich eine andere Entwicklung ergeben, so mag es durchaus erforderlich sein, diese Funktion im Verhältnis zur Forschungsfrage einer eingehenden empirischen Untersuchung zu unterziehen.

## 1.2 Repräsentationsfunktion

Ein Parlament wird zum „demokratischen Sprachrohr (und) Repräsentant der (...) Bürger“ [Grabitz et al., 1988, 80], wenn die Abgeordneten die Repräsentationsfunktion des Parlaments wahrnehmen.

Die Repräsentationsfunktion besteht aus wechselseitigen Abhängigkeiten von Abgeordneten und Wählern. Die Parlamentarier erhalten durch ihr Abgeordnetenmandat den Auftrag „stellvertretend für die Gesamtgesellschaft zu handeln“ [Dreischer, 2006, 77]. Dementsprechend handelt es sich nicht „um einen einseitigen kommunikativen Prozess von den parlamentarischen Akteuren zu den Adressaten“ [ebd.].

[Dreischer, 2006] erklärt, dass der Begriff Repräsentation bei Funktionskatalogen relativ selten genutzt wird und meist die Sprache von Kommunikations-, Öffentlichkeits-, Artikulations- oder Informationsfunktion ist.

[Grabitz et al., 1988] sprechen von der Interaktionsfunktion und differenzieren zwischen der Artikulation der Interessen der repräsentierten Bürger durch die Abgeordneten, der Aggregation von politischen Interessen sowie der Mobilisierung der Wähler für die jeweilige Programmatik, um so das Politikgeschäft zu beeinflussen. [Corbett et al., 1995, 155] fassen die Repräsentationsfunktion wie folgt zusammen:

„Parliaments generally have an important function to play as a platform and forum as well as an articulator and transmitter of ideas. Parliaments, however weak or strong their role in the scrutiny of legislative proposals remain the theatre in which the policies of the Executive are discussed.“

Im Gegensatz zu den anderen Funktionen gibt es für die Teilnahme an der Repräsentationsfunktion keine festgeschriebenen Instrumente. Die Abgeordneten müssen diese Funktion selbst ausgestalten. [Dreischer, 2006, 78] erklärt, dass vier Aspekte zu beachten sind, um das Ausmaß der Repräsentationsbeziehung zu begreifen.

**Vernetzung** Die Kommunikation von Parlament und Bürgern basiert auf dem Grad der Vernetzung beider Akteure.

**Responsivität** Der Begriff Responsivität drückt aus, wie die Bedürfnisse der Bürger „in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess eingespeist werden“.

**Darstellung** Das Parlament muss die Prozesse, die aufgrund der Responsivität stattfinden, dem Bürger darstellen, damit diese auch an ihre Repräsentation glauben.

**Kommunikative Führungsfunktion** Die Darstellung allein ist jedoch nicht ausreichend. Es muss auch für sie geworben werden und vermittelt werden, dass keine andere Lösung möglich ist.

Alle vier Punkte müssen gleichermaßen und in Abhängigkeit voneinander erfüllt werden, um die Repräsentationsfunktion auszugestalten. Laut [Dreischer, 2006, 194] begegnen der Vernetzungsfunktion zahlreiche Hindernisse: mangelndes Medieninteresse und Misstrauen der Abgeordneten gegenüber den Medien, wenig Zeit für die Wahlkreisarbeit sowie ein strukturelles Problem, da eher die intergouvernementalen Entscheidungsprozesse von Rat und ER wahrgenommen werden als die supranationale Arbeitsweise des Parlaments. Obwohl zunehmend eine Verbesserung der Vernetzung festzustellen sei, resultieren aus den erwähnten Hindernissen auch zahlreiche Probleme für die Responsivitäts-, Darstellungs- und kommunikative Führungsfunktion (z. B. kaum Wahlkreiswochen, geringes Wissen der Bürger über Zuständigkeitsbereiche des EPs, geringe responsive Einflussnahme auf die Gesetzgebung).

Trotzdem zeigen Eurobarometer-Umfragen eine relativ stabile Entwicklung der Wahrnehmung des Parlaments durch die Bürger (siehe [EU-Parlament, 2013]):

- Die Hälfte der EU-Bürger nennt das EP an erster Stelle als ihnen bekannte Institution.
- 75 Prozent der EU-Bürger weisen dem Parlament eine wichtige Rolle zu.
- Die Gesetzgebungsfunktion des Parlaments wird von 62 Prozent der Bürger anerkannt.

Die Ausgestaltung der Repräsentationsfunktion hängt letztendlich von den MdEP selbst ab. Da die Europaskeptiker im EP Wahlerfolge feiern, erhalten sie nicht nur die Möglichkeit an der Repräsentationsfunktion teilzunehmen, sondern können diese auch in ihrem Sinne ausgestalten. Dabei geht es ihnen kaum darum europäische Politik zu machen. Ihr Augenmerk liegt auf der nationalen Politik und Öffentlichkeit.

„Die Vertretung im EP bietet ihnen lebenswichtige finanzielle Ressourcen und eine politische Bühne, zumal viele in den nationalen Parlamenten nicht vertreten sind.“

[Kietz und von Ondarza, 2014, 4]

Aufgrund dieser Entwicklung besteht die Gefahr, dass nationale Regierungen unter den Druck der öffentlichkeitsbewussten Europaskeptiker geraten und deren politische Haltung teilweise übernehmen. So wird folgende Hypothese formuliert:

*Je stärker die Europaskeptiker an der Repräsentationsfunktion teilnehmen, desto eher sind ihre Positionen auf der politischen Agenda der Mitgliedstaaten zu finden.*

Die Hypothese wird zum einen anhand der Entwicklung der Referendumpolitik im Vereinigten Königreich untersucht, zum anderen an der politischen Debatte in Griechenland nach der Europawahl 2014.

### **1.3 Kontrollfunktion**

Während das Europäische Parlament in den Verträgen von Rom noch als „scrutiny chamber, which would be consulted by the governments on legislation but could be safely ignored“ [Hix und Høyland, 2013] betrachtet wurde, repräsentiert es inzwischen eine Volksvertretung mit umfassenden Kontrollmöglichkeiten. Durch diese ist es den Parlamentariern möglich die anderen EU-Institutionen zu überwachen, eine angemessene Haushaltspolitik zu gewährleisten und die konsequente Implementierung der EU-Gesetzgebung zu kontrollieren. Die Art und Intensität der Kontrollinstrumente unterscheiden sich je nach Institution (vgl. [EU-Parlament, 2014f], [Maurer, 2012]):

**Europäischer Rat** Am Anfang jedes Europäischen Rats hat der Parlamentspräsident das Recht die Meinung des Parlaments zu aktuellen und relevanten Themen zu präsentieren. Der Präsident stellt außerdem die Ergebnisse der Gipfel dem Parlament vor.

**Rat der Europäischen Union** Die Ratspräsidentschaft bespricht zu Beginn und am Ende jeder Präsidentschaft das Ratsprogramm mit den Parlamentsabgeordneten. Darüber hinaus haben die Parlamentarier die Möglichkeit beim Rat schriftliche oder mündliche Fragen einzureichen und ihn anzuhalten neue politische Maßnahmen einzuleiten. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik wohnt allen Plenardebatten bei, die sich thematisch mit Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik befassen. Außerdem legt sie zweimal im Jahr einen inhaltlichen und finanziellen Bericht zu ihrem Verantwortungsbereich vor.

**Europäische Kommission** Das EP ist verantwortlich für die demokratische Kontrolle der KOM. Es kann designierte Kommissionsmitglieder im Plenum anhören und die KOM annehmen oder ablehnen. Der ER muss bei seinem Kandidatenvorschlag zum Amt des Kommissionspräsidenten das Resultat der Europawahl beachten. Das EP hat die Möglichkeit die KOM mit einem Misstrauensantrag anzufechten, welchem bei einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen von einer Mehrheit der MdEP stattgegeben wird und den Rücktritt der gesamten Kommission verlangt (AEUV Art. 234).<sup>20</sup> Die KOM berichtet dem Parlament regelmäßig über ihre Tätigkeit sowie die Ausführung des Haushaltsplans und verfasst einen jährlichen Tätigkeitsbericht. Der Kommissionspräsident hält außerdem einmal im Jahr im Plenum eine Rede zur Lage der Union. Bezüglich mündlicher und schriftlicher Fragen gilt dasselbe wie beim Rat, außerdem kann das Parlament auch die KOM auffordern neue politische Maßnahmen einzuleiten.

**Gerichtshof der Europäischen Union** Sollte die KOM oder der Rat nicht nach der europäischen Gesetzgebung handeln, kann das EP den Gerichtshof anrufen ein Verfahren gegen KOM und Rat einzuleiten. Sowohl EP als auch Rat können vom Gericht verlangen, Fachgerichte einzurichten.

**Europäische Zentralbank** Vor der Ernennung des Präsidenten, Vizepräsidenten oder des Vorstands der EZB, müssen Konsultationen mit dem EP abgehalten werden. Dem Plenum wird vom EZB-Präsidenten ein Jahresbericht präsentiert. Außerdem nimmt dieser an Sitzungen des ECON teil, um Gespräche zu Währungsfragen zu führen.

---

<sup>20</sup>Bislang wurden acht Misstrauensanträge gestellt, von denen keiner erfolgreich war. Jedoch stiegen die Stimmen für einen Rücktritt der Kommission bei jedem Antrag an (vgl. [Lehmann, 2014]).

**Europäischer Rechnungshof** Nach der Vorlage des Jahresberichts über den Jahreshaushalt des vorangegangenen Jahres, entscheiden die Parlamentarier, ob sie die Haushaltsführung der KOM bewilligen und die Haushaltsentlastung gewähren. Der Rat muss das Parlament vor der Ernennung der Rechnungshofmitglieder konsultieren.

**Bürgerbeauftragter** Dem Parlament obliegt die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten. Dieser erstattet dem EP regelmäßig Bericht und stellt im Plenum seinen Jahresbericht vor. Der Bürgerbeauftragte hat die Möglichkeit Untersuchungen auf Eigeninitiative hin durchzuführen. Er kann nach einer Parlamentsanfrage vom Gerichtshof unter besonderen Umständen entlassen werden.

**Petitionen, Untersuchungsausschuss** Privatpersonen und juristische Personen können beim EP eine Petition einreichen. Daraufhin kann das Parlament einen Untersuchungsausschuss zu Rechtsverstößen gegen MS initiieren (vgl. [Maurer, 2012, 86-87]).

Die Wahrnehmung der Kontrollfunktion wird seit der Veröffentlichung von *Patterns of Opposition* von [Dahl, 1966] als Aufgabe von Oppositionsparteien beschrieben und ist eine der großen Errungenschaften im demokratischen System. Laut [Rehse, 2009] gibt es bis jetzt keine umfassende Theorie zur Rolle der Opposition in Parlamenten. Dennoch werden ihr häufig folgende drei Aufgaben zugeschrieben: Kritik, Kontrolle und Formulierung von Alternativen. Im politischen System der EU gibt es keine typische Oppositionspartei wie man es von nationalen politischen Systemen gewohnt ist. Aufgrund des systemkritischen Charakters der Europaskeptiker kann man diese jedoch als die Opposition im EP betrachten. Da die Kontrollfunktion, wie oben erwähnt, vornehmlich von der Opposition genutzt wird, wäre zu erwarten, dass die europaskeptischen Fraktionen im Parlament diese eher nutzen als die anderen fünf Fraktionen. Aufgrund dieser Annahme wird folgende Hypothese formuliert:

*Je stärker die europaskeptischen Fraktionen im EP sind, desto mehr werden die Kontrollinstrumente gegenüber anderen EU-Institutionen genutzt.*

Um diese Hypothese zu überprüfen, wird die Häufigkeit der Teilnahme am „effizienteste(n) Kontrollinstrument“ [Grabitz und Läufer, 1980, 151] untersucht. Das *parlamentarische Frage-recht* schafft die größte Möglichkeit der Beteiligung für Parlamentarier, die nicht Mitglieder der großen Fraktionen sind (vgl. [Maurer, 2012]). In Bezug auf die anderen Kontrollinstrumente kann man davon ausgehen, dass nur die großen Fraktionen als Koalition zum Zug kommen. Beim Misstrauensantrag gilt beispielsweise, dass

„this double-majority threshold can in practice be reached only if the main parties on the left and right vote together, which they will only do for non-policy reasons, such as corruption, mismanagement or serious incompetence“.

[Hix et al., 2007, 17]

Das parlamentarische Fragerecht hingegen bezeichnet [Raunio, 1996, 357] als

„freest procedures in modern legislatures (that) gives the individual MEP an excellent chance of promoting and defending those issues which he or she regards important“.

Die MdEP können ihr Fragerecht gegenüber dem Rat, der KOM und dem ER einsetzen. Dabei ist zu beachten, dass die KOM ein EU-Organ ist, dem die Initiativ- und Exekutivfunktion obliegt und welche gegenüber dem EP rechenschaftspflichtig ist. Rat und ER werden hingegen nur „nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung vom EP jederzeit gehört“ (AEUV Art. 231) und erwarten bei Nichtbefolgung keine Sanktionen. Darüber hinaus sind beide nur als Ganzes und nur in einzelnen Fällen gemäß den Verträgen rechenschaftspflichtig (siehe [Maurer, 2012, 81]). Den Parlamentariern stehen drei Arten von parlamentarischen Fragen zur Verfügung (ebd., 83-84):

**Mündliche Anfrage zur mündlichen Beantwortung im Plenum (GO-EP Art. 115)** Diese Anfrage kann von einem Ausschuss, einer Fraktion oder mindestens 40 Abgeordneten gestellt werden und ist Gegenstand eines förmlichen Antrags. Nach der Beantwortung durch KOM, Rat oder ER besteht die Möglichkeit eine Entschließung zu verabschieden, sollte diese von einem Ausschuss, einer Fraktion oder mindestens 40 Abgeordneten beantragt werden (GO-EP Art. 110 Abs. 5). Die Anfragen werden vorher von der Konferenz der Präsidenten überprüft und gefiltert.

**Mündliche Anfragen mit Aussprache in der Fragestunde (GO-EP Art. 116)** Diese Frage kann in jeder Plenarsitzung gestellt werden, wobei der zeitliche Rahmen von der Präsidentenkonferenz festgelegt wird. In der parlamentarischen Praxis sind in jeder Sitzungswoche 90 Minuten für die Fragestunde vorgesehen. Da jeder Mandatsträger eine mündliche Anfrage dieser Art stellen kann, gilt sie als wichtiges Kontroll- und Kommunikationsinstrument.

**Schriftliche Anfragen** Jeder MdEP kann eine schriftliche Anfrage stellen, welche über den Parlamentspräsidenten an die betroffene Institution weitergeleitet wird. Durch schriftliche Anfragen haben die Parlamentarier nicht nur die Möglichkeit direkt mit den anderen Institutionen zu kommunizieren, sondern können ihre politische Agenda auch der Öffentlichkeit präsentieren, da die Anfragen samt Antworten im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.

## 1.4 Legislativfunktion

Eine der wichtigsten Aufgaben der Parlamentarier ist die Teilnahme an der Gesetzgebungsfunktion – nicht ohne Grund werden Parlamente oft als *Legislative* bezeichnet.

„Die Gesetzgebung hat deshalb eine so wichtige Stellung inne, weil dadurch genau jene zentralen Steuerungsleistungen erbracht werden, die auch unmittelbare Auswirkungen auf das umgebende gesellschaftliche Milieu haben. Gleichzeitig können von gelungenen Steuerungsleistungen gerade auf dem Gebiet der Gesetzgebung starke Integrationsimpulse ausgehen.“ [Dreischer, 2006, 161]

Das EP konnte in den letzten drei Jahrzehnten diese Funktion großzügig ausbauen. Wurde das Parlament anfangs zur europäischen Gesetzgebung nur angehört, ist es – wie bereits erwähnt – seit Einführung des Mitentscheidungsverfahrens zum annähernd gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Rat geworden. Im Folgenden werden die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten (entsprechend der erforderlichen Rechtsgrundlage) am Gesetzgebungsverfahren skizziert und Teile des für den Gesetzgebungsprozess notwendigen organisatorischen Aufbaus vorgestellt. (Dies stellt lediglich einen Überblick dar. Um noch präzisere Informationen zu erhalten, empfehlen sich exemplarisch nachstehende Veröffentlichungen und die entsprechenden Dokumente vom Parlament sowie ein Blick in die Verträge; [EU-Parlament, 2014d], [Hix et al., 2007], [Maurer, 2012], [Dreischer, 2006]):

**Ordentliches Gesetzgebungsverfahren** Dieses Verfahren wurde im Vertrag von Maastricht (1993) als Mitentscheidungs- bzw. Kodecisionsverfahren eingeführt. Nach Verabschiedung des Lissaboner Vertrags wird es nun als ordentliches Gesetzgebungsverfahren (AEUV Art. 294) bezeichnet. Inzwischen wird das Verfahren in drei Viertel aller Fälle auf über vierzig Politikfelder (z. B. Freiheit, Sicherheit, Justiz, Außenhandel, Umwelt- und Gemeinsame Agrarpolitik) angewandt. Nachdem die Kommission EP und Rat einen Gesetzesvorschlag vorgelegt hat, einigen sich EP und Rat über diesen in der ersten oder zweiten Lesung. Sollte dies nicht der Fall sein, wird ein Vermittlungsausschuss eingesetzt, der die Verabschiedung in der dritten Lesung ermöglichen soll.

**Zustimmung** Gemäß AEUV Art. 289 Abs. 2 hat das Parlament das Recht bestimmten Legislativakten ohne Änderungen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Der Rat kann die Entscheidung des EPs nicht ignorieren. Das Verfahren wird beispielsweise auf Assoziierungsabkommen und Beitrittsabkommen sowie bestimmte internationale Verträge angewandt.



**Konsultation** Das Konsultationsverfahren nach AEUV Art. 289 sieht vor, dass das Parlament eine Stellungnahme zu einem Vorschlag der Kommission verfasst. Diese wird vom Rat berücksichtigt, muss jedoch nicht befolgt werden. Dieses Verfahren wird unter anderem auf folgende Gesetzgebungsbereiche angewandt: Steuerwesen, Wettbewerb, Harmonisierung der Rechtsvorschriften sowie nicht verbindliche Rechtsakte.

**Initiativrecht** Das Recht zur Gesetzesinitiative obliegt in der EU der Kommission. Dennoch hat das Parlament die Möglichkeit die Kommission dazu aufzufordern einen Gesetzesvorschlag vorzulegen (AEUV Art. 225).

Die Gestaltung des Gesetzgebungsprozesses im Parlament verläuft über drei organisatorische Einheiten:

**Parlamentspräsidium** Das Präsidium des EPs besteht aus dem Parlamentspräsidenten sowie 14 Vizepräsidenten und hat den Vorsitz jeder Plenarsitzung inne.

**Konferenz der Präsidenten** Diese setzt sich aus den Fraktionsvorsitzenden und dem Parlamentspräsidenten zusammen und beschließt die Agenda des Parlaments.

**Ausschusssystem** Wie bereits beschrieben ist das Ausschusssystem das Rückgrat des Gesetzgebungsprozesses im Parlament, da dort die Gesetzesvorschläge intensiv bearbeitet werden und Stellungnahmen und Änderungsanträge verfasst werden, über welche das Plenum letztendlich nur noch abstimmt. Ein wichtiger Akteur in der Ausschussarbeit ist der Berichterstatter (auch Rapporteur genannt). Dieser ist dafür verantwortlich einen Bericht zu verfassen, der sowohl seine Fraktionslinie als auch die Haltung anderer Ausschussmitglieder und Interessen von Lobbyisten beachtet. Die Verteilung von Berichterstatterposten erfolgt proportional unter den Fraktionen (vgl. [Neuhold, 2001], [Hix und Høyland, 2011]).

Die europaskeptischen Fraktionen können inhaltlich oder personell den Gesetzgebungsprozess kaum beeinflussen. Sie sind weder im Präsidium des Parlaments vertreten noch als Ausschussvorsitzende eingesetzt (siehe [EU-Parlament, 2012]). Eine Ausnahme stellte Mikael Gustafsson (GUE/NGL) dar, der in der zweiten Hälfte der 7. Legislaturperiode Ausschussvorsitzender des FEMM war. (Diesem Ausschuss soll an dieser Stelle nicht seine Bedeutung abgesprochen werden, jedoch ist er beispielsweise nicht mit ECON, EMPL oder BUDG vergleichbar.) In der Konferenz der Präsidenten sind die europaskeptischen Fraktionsvorsitzenden zwar vertreten, jedoch werden dort keine inhaltlichen Fragen beschlossen. Die Besetzung als Berichterstatter wird entweder von den Europaskeptikern selbst abgelehnt oder die großen Fraktionen versuchen dies – insbesondere bei bedeutenden Gesetzesvorschlägen – zu vermeiden, um eine mögliche negative Beeinflussung des Verfahrens zu verhindern (siehe [Brack, 2012]). Aufgrund dieser Ausführungen wird zunächst der Anschein erweckt, dass die Präsenz der europaskeptischen Fraktionen keine Auswirkungen auf die Legislativfunktion hat.

Dabei bleibt jedoch eine Komponente im Gesetzgebungsprozess unbeachtet, nämlich die Bildung einer Koalition. Die Koalitionsbildung läuft im EP flexibel ab, da es nicht gilt eine Regierung mit der Parlamentsmehrheit zu stützen (z. B. [Hix und Høyland, 2011]). Durch den Stimmgewinn der Europaskeptiker in den letzten Wahlen und dem damit erfolgten Stimmverlust der europafreundlichen Parteien, wird eine Koalitionsbildung letztgenannter erschwert. [Kietz und von Ondarza, 2014, 3] beschreiben dies folgendermaßen:

„Grundsätzlich ist die Koalitionsbildung im EP deutlich komplexer als auf nationaler Ebene - ohne die Notwendigkeit, eine Regierung zu stützen, und mit aktuell sieben Fraktionen bilden sich im EP bei jeder Einzelentscheidung wechselnde Koalitionen. (...) Dieser Trend dürfte sich im nächsten EP weiter verstärken“.

Die Hypothese zur Legislativfunktion lautet dementsprechend:

*Je stärker die europaskeptischen Fraktionen im Europäischen Parlament werden, desto eher verläuft die Gesetzgebung über komplexe Koalitionsbildungen.*

Um diese Hypothese zu überprüfen, werden Abstimmungscoalitionen im Europäischen Parlament in den letzten zwei Legislaturperioden betrachtet. Diese wurden anhand von namentlichen Abstimmungen (*roll-call votes*) unter anderem von [Hix und Høyland, 2013] und [Maurer, 2012] herausgearbeitet.

## 2 Empirische Analyse

Die Ausführungen im Abschnitt *Die Funktionen im Detail* beschreiben die formalen Grundzüge und theoretischen Bestandteile der vier dem Parlament zugeordneten Funktionen. Es wurde ersichtlich, dass das Europäische Parlament – wie bereits erwähnt – inzwischen tatsächlich umfassende Entscheidungs- und Gestaltungskompetenzen in zahlreichen Politikfeldern innehat und im Gegensatz zu seinen Anfängen nachhaltig an Relevanz gewann. Wie diese Kompetenzen wahrgenommen werden, hängt letztendlich von den Parlamentariern selbst ab. Sie können sich nachweislich zahlreicher Instrumente bedienen, um die Parlamentsfunktionen auszugestalten.

Die europaskeptischen Parlamentarier haben zweifellos ein eher ambivalentes Verhältnis zu ihrer Teilnahme an den Parlamentsfunktionen. Dies wurde bereits in der Einleitung illustriert und kann anhand folgender Äußerungen, die im Rahmen von Bracks Forschungsarbeit entstanden, noch einmal verdeutlicht werden. Um eine gewisse Übersichtlichkeit zu wahren, wurde in dieser Arbeit versucht die Aussagen den Parlamentsfunktionen zuzuordnen.

John Whittaker [IND/DEM, UK] zur Teilnahme an der Parlamentsarbeit [Brack, 2012, 155]:

„No, I don't want to get involved in this! It's not a full-time job I am doing here. Most of the MEPs, they are involved, they have contacts with lobbyists, groups, they are doing amendments. But I don't.“

John Whittaker [IND/DEM, UK] zur Repräsentationsfunktion [ebd., 155]:

„They elected me to be opposed to the EU, it is my mandate. So I spent most of my time at home to explain how undemocratic and inefficient the EU is.“

Kathy Sinnott [IND/DEM, IE] zur Kontrollfunktion [ebd., 156]:

„My role is to represent my voters and control the legislation, to be a watchdog and cover the areas that are important.“

Trevor Colman [IND/DEM, UK] zur Legislativfunktion [ebd., 155]:

„I don't think it matters by the way because even if we sit there to blow bubbles it doesn't matter, they are going to push the laws through anyway. So the whole thing is pointless.“

Diese Zitate sind individuelle Aussagen und geben kein allgemein gültiges Bild der europaskeptischen Fraktionen wieder – vor allem, weil die GUE/NGL-Mitglieder hier nicht zu Wort kommen. Dennoch finden sich bei [Brack, 2012] noch viele weitere Aussagen dieser Art, die die Haltung der rechten Europaskeptiker bezüglich der Parlamentsarbeit darstellen. Dabei stellt sich jedoch die Frage, wie sich die Europaskeptiker tatsächlich im EP verhalten. So werden in der Folge Antworten auf die Leitfragen

*Inwieweit nehmen die europaskeptischen Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teil und inwieweit beeinflussen sie diese?*

durch eine Analyse der Teilnahme der europaskeptischen Funktionen an den Parlamentsfunktionen aufgezeigt.

## 2.1 Repräsentationsfunktion

*Je stärker die Europaskeptiker an der Repräsentationsfunktion teilnehmen, desto eher sind ihre Positionen auf der politischen Agenda der Mitgliedstaaten zu finden.*

Zur Untersuchung der Hypothese werden zwei Länderbeispiele mit jeweils einer europaskeptischen Partei, die in der GUE/NGL oder der EFD vertretend ist, untersucht. Zum einen wird das Wirken der Syriza in Griechenland und zum anderen das der UKIP im Vereinigten Königreich analysiert.

Syriza wurde 2012 gegründet und in den Parlamentswahlen 2012 zur zweit stärksten Partei in Griechenland gewählt. Bei den Europawahlen 2014 stellte die Partei mit Alexis Tsipras den Spitzenkandidaten der GUE/NGL für das Amt des Kommissionspräsidenten und wurde stärkste Partei auf nationaler Ebene (vgl. [Syriza, 2013], [Papadimitriou, 2014]).

Die UKIP zog 1994 erstmalig in das EP ein und steigerte seitdem kontinuierlich ihren Stimmenanteil, so dass sie 2014 im Vereinigten Königreich die stärkste Partei bei den Europawahlen wurde. Obwohl die UKIP auch auf regionaler Ebene Erfolge feiern kann, blieb ihr bisher der Zutritt zum britischen Unterhaus verwehrt.<sup>21</sup> Nigel Farage ist nicht nur der Parteivorsitzende der UKIP, sondern auch einer der beiden Fraktionsvorsitzenden der EFD.

Wie in Punkt 1.2 Repräsentationsfunktion beschrieben, liegt den europaskeptischen Abgeordneten kaum etwas an europäischer Politik. Sie fokussieren sich auf die nationale Ebene und versuchen dort Einfluss zu gewinnen. Das EP dient den Europaskeptikern dabei als politische Bühne, die ihnen unter anderen Umständen nicht zur Verfügung stehen würde. Im Folgenden wird die Plausibilität der Hypothese, basierend auf den zwei Länderbeispielen, erörtert.

**Syriza in Griechenland** Im Vorfeld der Europawahlen wurde die GUE/NGL insbesondere über ihren charismatischen Spitzenkandidaten Alexis Tsipras wahrgenommen (siehe [Reinecke, 2014], [Fraunberger, 2012]). Dieser machte seine ablehnende Haltung zu *Merkelismus* und *Troika* publik und erklärte:

„Wir möchten über die Grenzen Griechenlands hinweg deutlich machen, dass die Linke die politische Vision und den Mut hat, durch das programmatische Ziel der Neugründung Europas auf demokratischer, sozialer und ökologischer Basis einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu schaffen.“ [EurActiv, 2014c]

---

<sup>21</sup>siehe Hinweis auf Legitimation im Abschnitt 2 Problemstellung, Forschungsfrage und forschungsleitende Fragen.

Darüber hinaus forderte der Spitzenkandidat der GUE/NGL noch vor den Europawahlen den Rücktritt der griechischen Regierung im Falle eines Sieges von Syriza (z. B. [Höhler, 2014], [Winkelmann und Feddersen, 2014]). Durch die Aufstellung Tsipras als Spitzenkandidat für die Europawahl wurden der radikal-linken Fraktion neue Möglichkeiten zur stärkeren Teilnahme an der Repräsentationsfunktion gegeben. Da die Spitzenkandidaten der Europawahl im besonderen Fokus der Öffentlichkeit standen, konnte Tsipras die politischen Positionen der Linken in Europa öffentlichkeitswirksam vertreten. So nahm Alexis Tsipras an der Debatte der europäischen Spitzenkandidaten teil und erhielt europaweit mediale Aufmerksamkeit. Ob die Teilnahme der GUE/NGL und somit der Syriza an der Repräsentationsfunktion des EPs jedoch auf der nationalen politischen Agenda wiederzufinden ist, bleibt zu bezweifeln. Direkt nach den Wahlen wiederholte Tsipras seinen Anspruch auf Neuwahlen und fand tatsächlich kurzzeitig Platz auf der Agenda der Regierung. So plante der griechische Staatspräsident laut Medien, die griechische Regierung hinsichtlich Tsipras Ansinnen zu konsultieren. Letztendlich nahm Tsipras Abstand von seinen Forderungen, zog jedoch „rote Linien“ zu bestimmten Punkten wie der Austeritätspolitik oder der Privatisierung von Staatsbetrieben (siehe [Papadimitriou, 2014]). Ob diese von der Regierung eingehalten werden, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Tatsächlich bekam die GUE/NGL mehr Aufmerksamkeit als üblich und Tsipras versuchte mit seinem Wahlerfolg auf europäischer Ebene Neuwahlen auf nationaler Ebene herbeizuführen. Letztendlich konnten die Ziele der Syriza (noch) nicht auf der nationalen politischen Agenda gefunden werden. Selbst wenn es dazu kommt, ist jedoch bei diesem Fallbeispiel eine Verbindung mit der Teilnahme an der Repräsentationsfunktion sehr fragwürdig, da vermutlich die nationalen Wahlerfolge der radikal-linken Partei signifikanter sind.

**UKIP im Vereinigten Königreich** Sucht man im EP nach Europaskeptikern, die ihre ablehnende Haltung gegenüber der EU besonders entschieden äußern, so wird man bei den Mitgliedern der UKIP und insbesondere bei deren Vorsitzenden, Nigel Farage, schnell fündig. Der politische Berater von Nigel Farage erklärte in einem Interview bei [Brack, 2012, 159]:

„We don't work within it [the EP] at all, we claim our position but we don't support anything it does. We vote against any piece of legislation in its entirety; we don't support any written declaration or own initiative report; we don't work within it at all.“<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup>Wobei hier erwähnt werden sollte, dass Nigel Farage durchaus partiell seine Zustimmung zu Gesetzesakten und Resolutionen zeigt (siehe [VoteWatchEurope, 2014d]).

Trotz ihrer ablehnenden Haltung bei Abstimmungen, ist die UKIP im EP und insbesondere im Plenum sehr aktiv. Als Mitgliedspartei der EFD veranstaltete sie vor der ersten konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments einen *March for Freedom* und Nigel Farage charakterisierte seine Fraktion als „the people’s voice“ (siehe [EFD, 2014]). Der Fraktions- und Parteivorsitzende Nigel Farage kritisiert die EU in seinen Reden lautstark und entschieden und schreckt auch vor unangemessenen Äußerungen nicht zurück. Die Bezeichnung Herman van Rompuys (ER-Präsident) als „damp rag (...) from a non-country“ im Jahr 2010 erregte beispielsweise großes Aufsehen und kostete Farage 4000 Pfund (vgl. [EurActiv, 2010]). Abgesehen von dem auffälligen Auftreten in Plenarsitzungen, fordert die UKIP ein Referendum des Vereinigten Königreichs über die EU-Mitgliedschaft. Inzwischen ist der britische Premierminister David Cameron, trotz seines persönlichen Unwillens, auf diese Forderung eingegangen und stellt ein Referendum für 2017 in Aussicht, sollte er wieder gewählt werden (u. a. [Jungclaussen, 2014]).

Durch die Wahl der UKIP in das EP erhält diese die Option an der Repräsentationsfunktion teilzunehmen und nutzt diese Möglichkeit auch intensiv. Sie schafft es ihre Haltung gegenüber der EU-Politik zu emotionalisieren und scheint die Wähler mit dieser Strategie erfolgreich anzusprechen. Dadurch werden die größeren Parteien (Tories, Labour und Liberals) unter Druck gesetzt und versuchen bereits jetzt mit Versprechungen zu einem Referendum sowie zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik, Wählerstimmen für die Unterhauswahlen 2015 zurückzubekommen (vgl. [Goodwin und Milazzo, 2014]).

Die Hypothese kann nicht ausnahmslos bestätigt werden. Im Fall Griechenlands scheint die Teilnahme der GUE/NGL an der Repräsentationsfunktion durch die Ernennung Tsipras zum Spitzenkandidaten eher ein Beiprodukt für die ohnehin schon erfolgreiche Syriza zu sein. Das Auftreten der UKIP im EP könnte jedoch zu Stimmenzuwachs im sowieso europaskeptischen Vereinigten Königreich geführt haben, zumal die MdEP ihre Arbeit im EP bewusst nutzen, um die negativen Ereignisse in der EU ihren Wählern zu präsentieren (vgl. [Brack, 2012]). Die großen Parteien geraten so unter Druck und übernehmen, um einen weiteren Stimmverlust zu vermeiden oder zu reduzieren, die Positionen der Europaskeptiker. Dabei spielt wahrscheinlich der Erfolg bei den Europawahlen eine ähnliche Rolle wie der Erfolg auf regionaler Ebene (siehe [Jungclaussen, 2014]). Darüber hinaus genügte Cameron in seiner Entscheidung zu einem Referendum nicht nur der UKIP, sondern auch den Europaskeptikern in seiner eigenen Partei.

## 2.2 Kontrollfunktion

*Je stärker die europaskeptischen Fraktionen im EP sind, desto mehr werden die Kontrollinstrumente gegenüber anderen EU-Institutionen genutzt.*

Zur Überprüfung der Plausibilität der Hypothese wird die Häufigkeit der Teilnahme an den Frageinstrumenten des Parlaments analysiert. Damit die Hypothese bestätigt werden kann, müssten die europaskeptischen Fraktionen die Kontrollinstrumente gegenüber den anderen EU-Institutionen stärker nutzen als die anderen Fraktionen. Dabei müssen die Relationen beachtet werden, da die europaskeptischen Fraktionen weniger Sitze haben.

Die Gesamtanzahl der Fragen ist in den letzten beiden Legislaturperioden konstant gestiegen (vgl. [EU-Kommission, 2011]). Wie in Punkt 1.3 Kontrollfunktion dargestellt, verfügen die Parlamentarier über drei Arten von parlamentarischen Fragen, deren Benutzungshäufigkeit in den folgenden Graphiken dargestellt wird. Hierbei werden die parlamentarischen Fragen gegenüber Rat und KOM analysiert:

**Mündliche Anfragen zur mündlichen Beantwortung im Plenum und mündliche Anfragen mit Aussprache in der Fragestunde** Abbildung 5 stellt die Benutzungshäufigkeit der mündlichen Anfragen pro Fraktion in der 7. Legislaturperiode dar. Die mündlichen Fragen im Plenum werden häufiger als Frageinstrument benutzt als die mündlichen Fragen in den Fragestunden. Die EVP stellt hier die Ausnahme dar. EFD und insbesondere GUE/NGL zeigen im Verhältnis zu ihrer Größe eine aktivere Teilnahme an diesem Instrumentarium als Grüne/EFA und ECR. Abbildung 6 gibt die Benutzung der mündlichen Fragen durch individuelle Fraktionsmitglieder wieder. Die einzelnen Fraktionsmitglieder der GUE/NGL zeigen mehr Aktivität als die Mitglieder aller anderen Fraktionen. Die EFD-Mitglieder weisen bei den mündlichen Fragen im Plenum die gleiche Benutzungshäufigkeit wie ECR und S&D auf und äußern diese Art der Fragestellung zudem doppelt so häufig wie die Abgeordneten der EVP.

**Schriftliche Anfragen** Schriftliche Anfragen werden von allen Fraktionsmitgliedern um ein Vielfaches mehr benutzt als die mündlichen Fragen. Dabei ist auffällig, dass die EFD als kleinste Fraktion die schriftlichen Anfragen am häufigsten gebraucht (EVP und S&D ausgenommen). Die GUE/NGL hingegen kommt auf ein ähnliches Niveau wie ECR und Grüne/EFA (vgl. Abbildung 7). Dementsprechend sind insbesondere die EFD-Fraktionsmitglieder bei schriftlichen Anfragen am aktivsten, gefolgt mit einigem Abstand von den Mitgliedern der GUE/NGL. Die anderen Fraktionen befinden sich hingegen ungefähr auf ähnlichem Niveau (vgl. Abbildung 8).

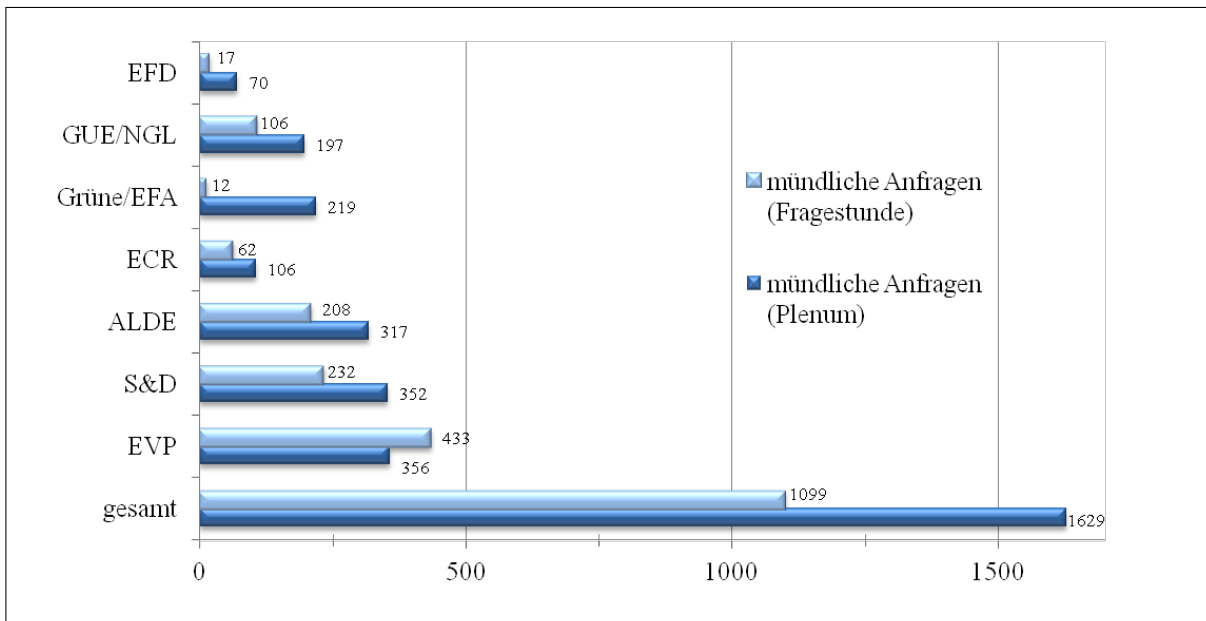


Abbildung 5: Eigene Darstellung: Benutzungshäufigkeit der mündlichen Fragen pro Fraktion (2009-2014); (vgl. [EU-Parlament, 2014h])

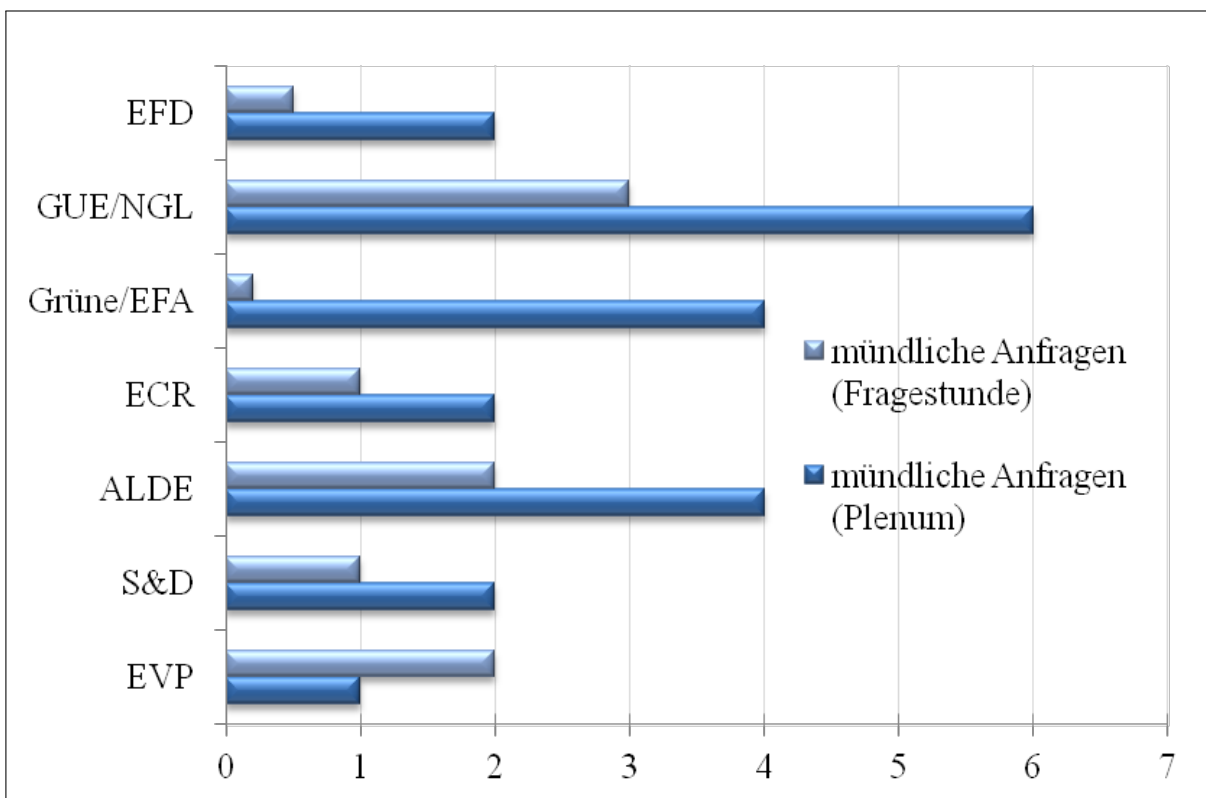


Abbildung 6: Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit der mündlichen Fragen pro Fraktionsmitglied (2009-2014): Anfragen/Sitze; (vgl. [EU-Parlament, 2014h])



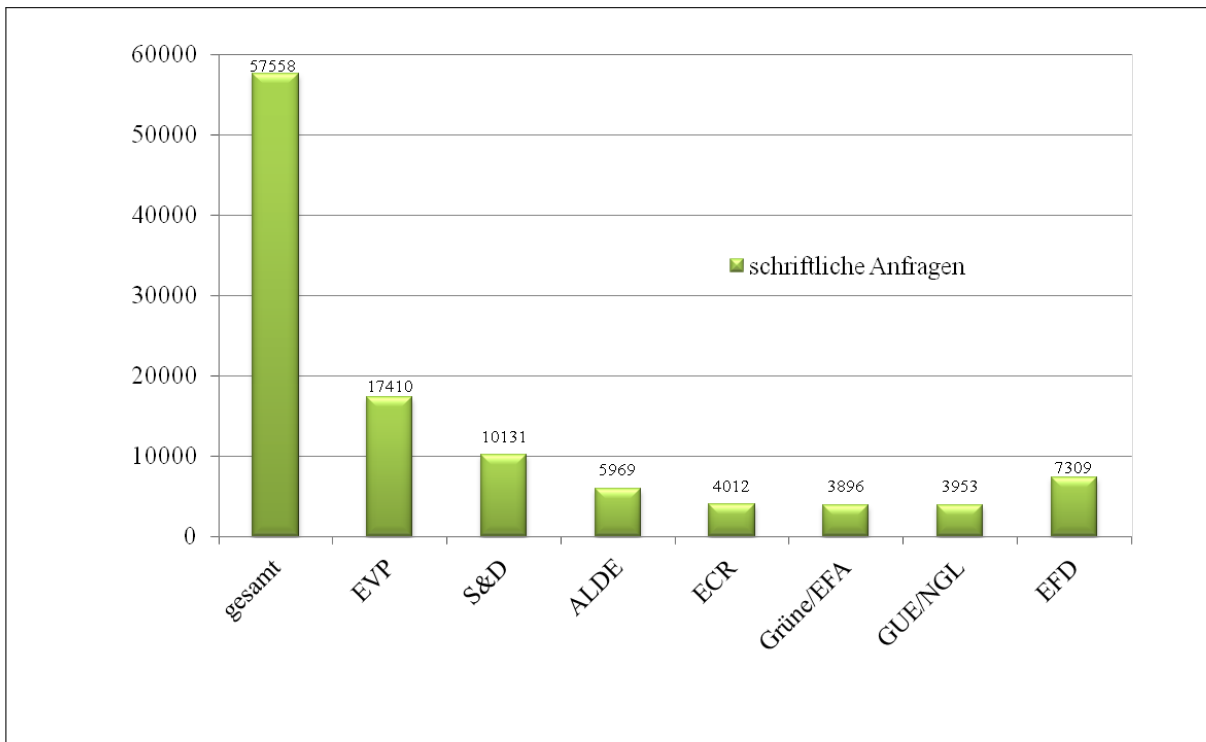


Abbildung 7: Eigene Darstellung: Benutzungshäufigkeit der schriftlichen Fragen pro Fraktion (2009-2014); (vgl. [EU-Parlament, 2014h])

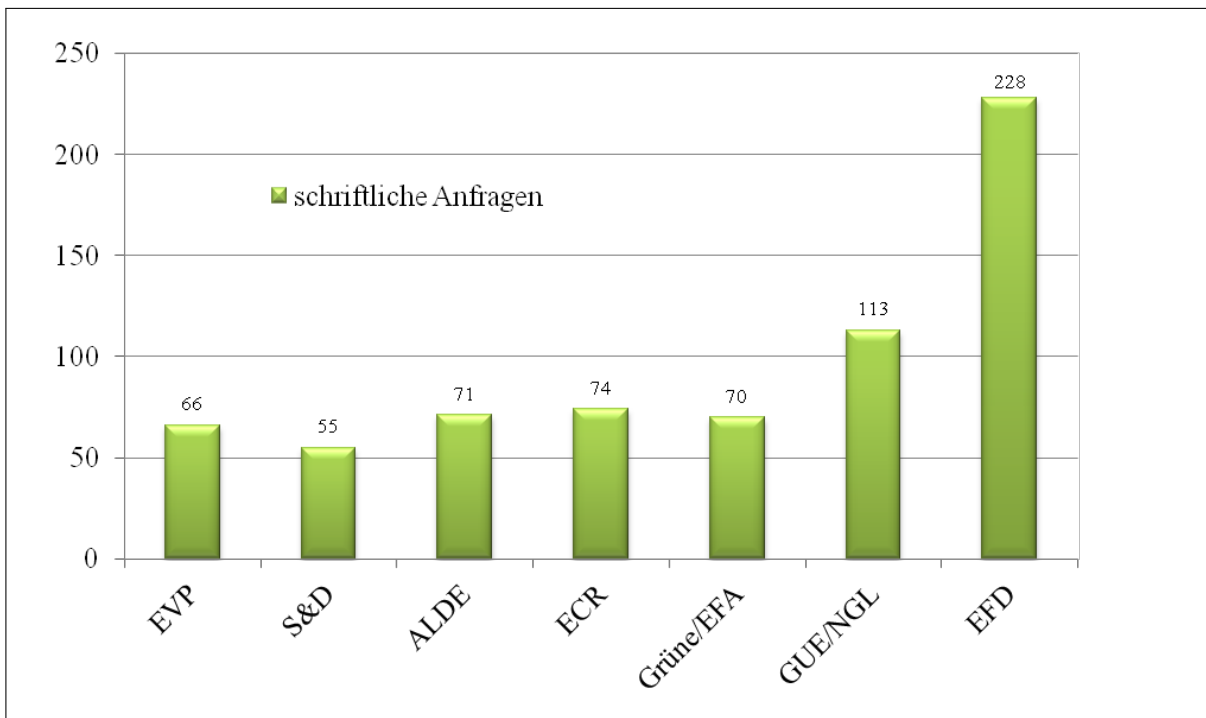


Abbildung 8: Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit der schriftlichen Fragen pro Fraktionsmitglied (2009-2014): Anfragen/Sitze; (vgl. [EU-Parlament, 2014h])

**Benutzungshäufigkeit aller Frageinstrumente in Prozent** Abbildung 9 stellt die Benutzungshäufigkeit aller Frageinstrumente durch die Fraktionen in Prozent dar. Die Abbildung soll noch einmal verdeutlichen, wie sich die Benutzung der Anfragen gestaltet.

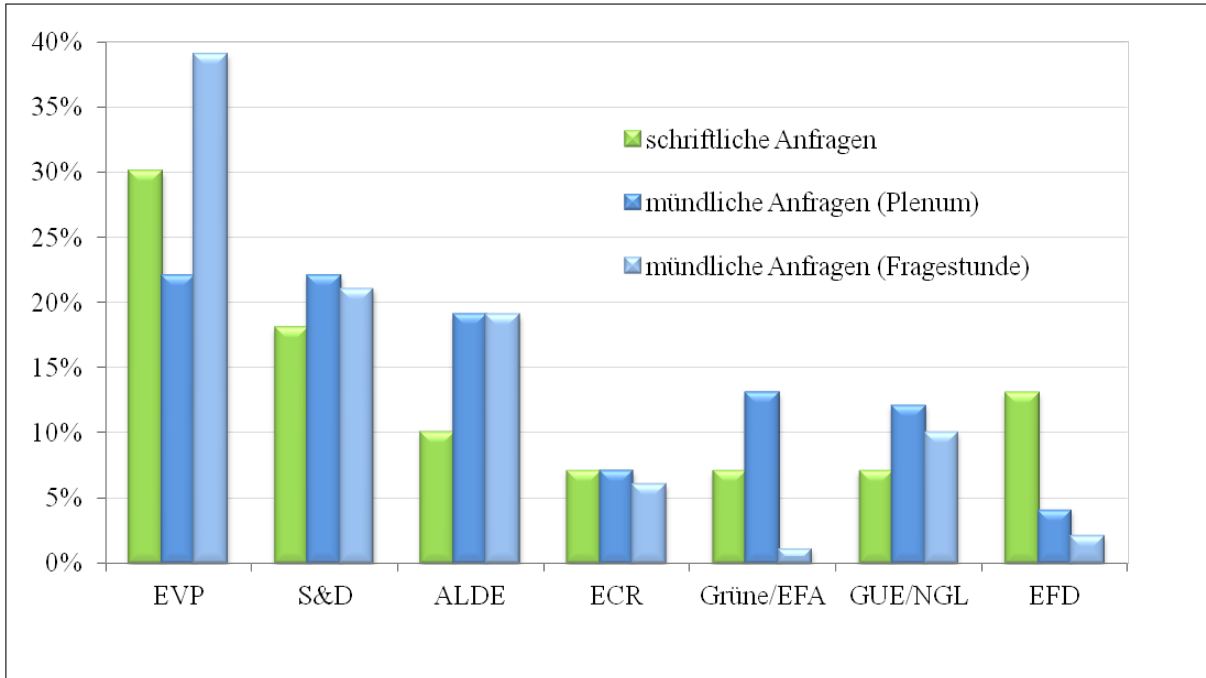


Abbildung 9: Eigene Berechnung: Benutzungshäufigkeit aller Frageinstrumente pro Fraktion in Prozent (2009-2014): Anfragen pro Fraktion/Gesamtanzahl Anfragen; (vgl. [EU-Parlament, 2014h])

Die Abbildungen zeigen, dass die drei verschiedenen Fragearten von den Fraktionen sehr unterschiedlich benutzt werden. Beispielsweise beteiligt sich die ECR relativ gleichmäßig an allen Anfragen, letztendlich aber auf einem eher niedrigeren Niveau als die anderen kleinen Fraktionen. Wohingegen die ALDE bei den mündlichen Anfragen ein ähnliches Niveau wie die beiden großen Fraktionen aufweist, sich im Verhältnis zu ihrer Größe jedoch weniger an den schriftlichen Anfragen beteiligt. Die schriftliche Anfrage wird von den Fraktionen am meisten benutzt, wobei die EFD hierbei unter den kleinen Fraktionen die Führung übernimmt. Die mündliche Anfrage im Plenum wird tendenziell stärker als die mündlichen Fragen in der Fragestunde benutzt. Die GUE/NGL kommt hierbei auf ein ähnliches Niveau wie die Grüne/EFA und liegt lediglich fünf Prozentpunkte hinter der ALDE.

Die Hypothese wird insofern bestätigt, als dass die europaskeptischen Fraktionen die Frageinstrumente trotz ihrer geringeren Sitzanzahl im Vergleich zu den anderen kleinen Fraktionen auf einem ähnlichen oder sogar höheren Niveau nutzen. Jedoch scheint dies nicht zwangsläufig mit ihrer Stärke zusammenzuhängen.

Sowohl GUE/NGL als auch die Vorgängerfraktionen der EFD hatten in der 6. Legislaturperiode etwas mehr Sitze als von 2009-2014. Dennoch haben sie während dieser Zeit weniger Anfragen gestellt (vgl. [EU-Parlament, 2014h]). Es kann also vermutet werden, dass die Nutzungshäufigkeit der Frageinstrumente nicht von der Sitzanzahl abhängt. Stattdessen könnte die Benutzungshäufigkeit von anderen Faktoren als der Sitzanzahl abhängen.

### 2.3 Legislativfunktion

*Je stärker die europaskeptischen Fraktionen im Europäischen Parlament werden, desto eher verläuft die Gesetzgebung über komplexe Koalitionsbildungen.*

Diese Hypothese wird anhand der Abstimmungscoalitionen im Europäischen Parlament in den letzten zwei Legislaturperioden untersucht. Damit die Fraktionen den Gesetzgebungsprozess beeinflussen können, sind vier Faktoren entscheidend (vgl. [VoteWatchEurope, 2014a]):

**Fraktionsbildung** Die Fraktionsbildung dient der Vereinigung einzelner Abgeordneter von der gleichen politischen Familie, die entlang der jeweiligen Parteilinie abstimmen.

**Teilnahme an den Abstimmungen** Nur durch die aktive Partizipation der Fraktionsmitglieder bei Abstimmungen kann die Teilnahme an dieser Funktion erfolgreich sein. Für die großen Fraktionen kann die Teilnahme ihrer Mitglieder an Abstimmungen entscheidend für die Durchsetzung ihrer Politik sein und aufgrund der zunehmenden Entscheidungen entlang der linken-rechten Konfliktlinie können auch die Stimmen der kleinen Fraktionen ausschlaggebend sein (siehe [Hix et al., 2007]). Abbildung 10 zeigt die durchschnittliche Teilnahme der Fraktionsmitglieder bei namentlichen Abstimmungen in den letzten beiden Legislaturperioden. Die Teilnahme hat in der 7. Legislaturperiode minimal abgenommen. Die Grünen/EFA sind mit 86 Prozent die aktivsten Teilnehmer. Die anderen Fraktionen, auch die GUE/NGL partizipieren zu über 80 Prozent, wohingegen sich die EFD-Fraktionsmitglieder nur zu 78 Prozent beteiligen und somit nur knapp über dem Niveau der fraktionslosen Parlamentarier sind (siehe [VoteWatchEurope, 2014b]).

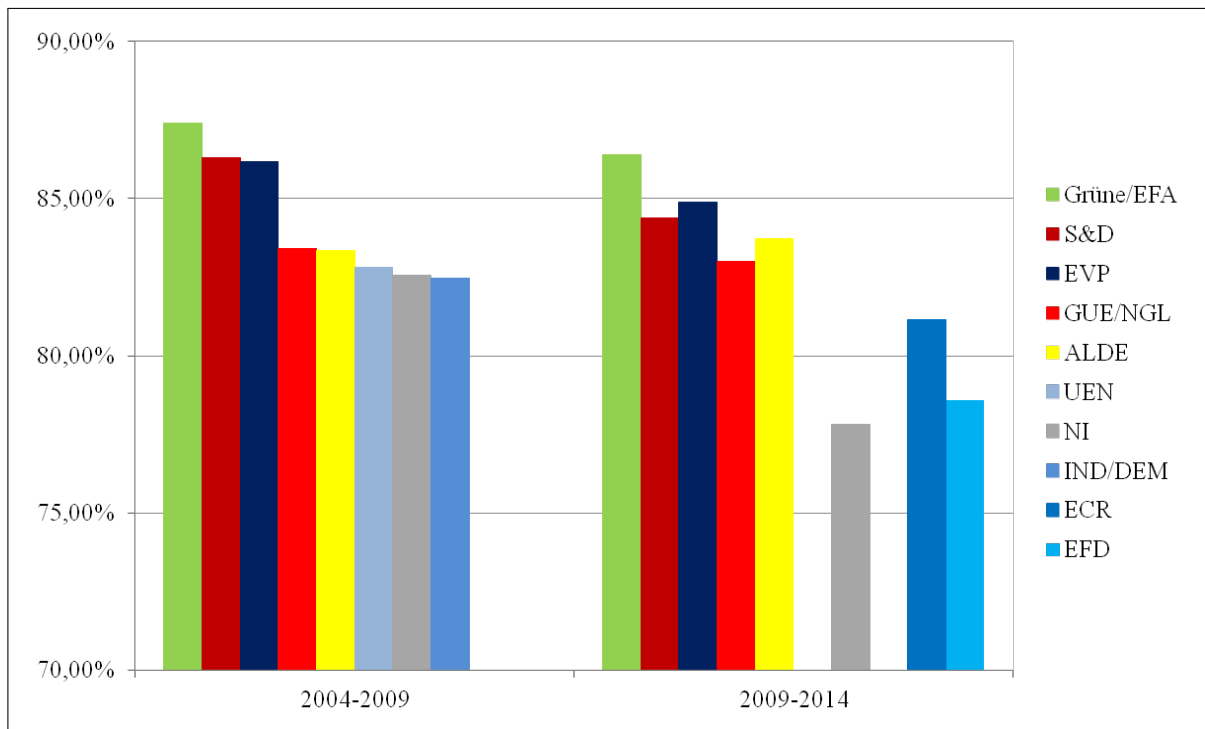


Abbildung 10: Teilnahme der Fraktionen in der 6. und 7. Legislaturperiode; (vgl. [VoteWatchEurope, 2009a], [VoteWatchEurope, 2014b])<sup>23</sup>

**Fraktionskohäsion** Neben der Teilnahme an Abstimmungen ist auch die einheitliche Stimmabgabe einer Fraktion entscheidend:

„If a party is able to work as a highly organised team, it will be able to turn these promises into policy outcomes. If a party is not able to rally its troops, it will have little chance of shaping policy outcomes, and so will leave its supporters disappointed“. [Hix et al., 2007, 87]

Abbildung 11 stellt die Kohäsion in den Fraktionen dar. Während alle Fraktionen eine Kohäsionsrate über 80 Prozent aufweisen, die über beide Legislaturperioden relativ stabil blieben, liegt die der EFD bei gerade einmal 49 Prozent. Die Kohäsionsrate der GUE/NGL sank in der 7. Legislaturperiode um sechs Prozentpunkte auf 79 Prozent. Hier sollte erwähnt werden, dass die Kohäsionsrate und die Partizipationsrate je nach Politikfeld variieren. So liegt die Kohäsionsrate der EFD bei Abstimmungen zur Haushaltskontrolle und zur Geschäftsordnung des EPs durchaus bei über 60 Prozent. Die GUE/NGL zeigt sich hingegen bei Abstimmungen zu internationalem Handel und zu Petitionen mit rund 86 Prozent besonders einstimmig.

<sup>23</sup>VoteWatch Europe berechnet die durchschnittliche Teilnahme in der 6. und 7. Legislaturperiode unterschiedlich: In der 6. Legislaturperiode ist die Teilnahme anhand der Anwesenheit in Plenarsitzungen oder Partizipation an namentlichen Abstimmungen gemessen. Die Teilnahme während der 7. Legislaturperiode wird durch Teilnahme an namentlichen Abstimmungen bestimmt.

Beide Fraktionen können jedoch auch hier nicht das Niveau der anderen Fraktionen erreichen (siehe [VoteWatchEurope, 2014c]).

Die Kohäsionsrate kann Aufschlüsse über die *actual power*<sup>24</sup> der Fraktionen im Europäischen Parlament geben. Tabelle 2 zeigt die nominalen und tatsächlichen Machtverhältnisse im Parlament. Darüber hinaus verdeutlicht der, von [Bertoncini und Kreiling, 2013] entwickelte, *factor of political influence*<sup>25</sup> den wirklichen Einfluss der Fraktionen. Während sich die nominale und tatsächliche Macht der GUE/NGL relativ gleich verhält, reduziert sich die tatsächliche Macht der EFD um zwei Prozentpunkte zu ihrer nominalen Macht.

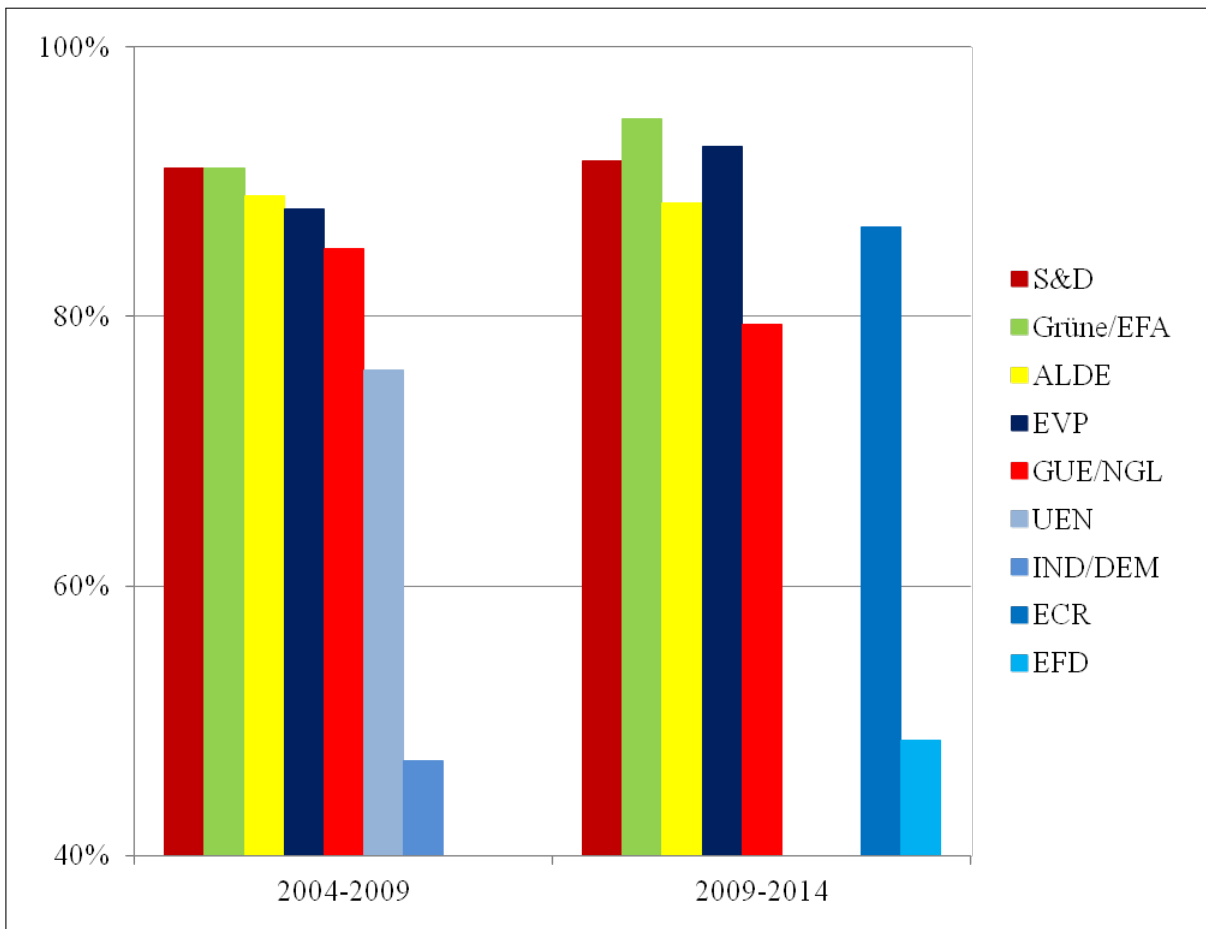


Abbildung 11: Eigene Darstellung: Kohäsives Abstimmungsverhalten der Fraktionen 2004-2009 und 2009-2014; (vgl. [VoteWatchEurope, 2009b], [VoteWatchEurope, 2014c])

<sup>24</sup>Actual power = Seats x Cohesion x Participation

<sup>25</sup>Factor for political influence = Actual power/political power

	EVP	S&D	ALDE	Grüne/EFA	ECR	GUE/NGL	EFD	NI
nominal power (% of seats)	36,34%	25,86%	11,01%	7,69%	7,56%	4,64%	4,11%	4,38%
actual power	38,46%	26,90%	10,97%	8,51%	7,15%	4,11%	2,11%	1,78%
factor for political influence	1,06%	1,04%	0,97%	1,10%	0,94%	0,89%	0,51%	0,41%

Tabelle 2: *actual power* der EP-Fraktionen (2009); (siehe [VoteWatchEurope, 2009a], [Bertoncini und Kreilinger, 2013])

**Koalitionsbildung** Da es im EP sieben Fraktionen gibt, von denen keine die absolute Mehrheit hat, müssen die Parlamentarier Koalitionen bilden, um eine Entscheidung herbeiführen zu können. Diese Koalitionsbildung ist von Abstimmung zu Abstimmung und je nach Politikfeld variabel, weil das Parlament keine Regierung stützen muss (vgl. [Maurer, 2012], [Hix et al., 2007], [Kietz und von Ondarza, 2014], [Hix und Høyland, 2011]). In den letzten beiden Legislaturperioden kam es bei 70 Prozent der namentlichen Abstimmungen zu einer großen Koalition von EVP und S&D, teilweise unterstützt durch ALDE. 15 Prozent der Abstimmungen wurden über eine Mitte-rechts Koalition von EVP, ALDE und ECR entschieden, die restlichen durch eine Mitte-links Koalition von S&D, ALDE, Grüne/EFA und GUE/NGL. Die ALDE spielt dabei oftmals die entscheidende Rolle (siehe [Hix und Høyland, 2013], [Bertoncini und Kreilinger, 2013]).

Betrachtet man die Koalitionsbildung im EP, kommt man tatsächlich zu dem Schluss, dass die Koalitionsbildung komplexer ist als man es von Nationalstaaten wie Deutschland gewohnt ist – in diesen verläuft die Koalitionsbildung im Normalfall über eine große und eine kleine Fraktion. Wie gezeigt wurde, laufen die meisten Abstimmungen über eine große Koalition (oftmals mit ALDE) ab, andere über Koalitionen, die aus mindestens drei Fraktionen bestehen. Dies scheint eine relativ konstante Entwicklung der letzten beiden Legislaturperioden zu sein, deshalb erscheint die Hypothese, dass ein Erstarren der Europaskeptiker zu komplexeren Koalitionen führt, kaum haltbar zu sein. Die europaskeptischen Fraktionen stimmen keineswegs nur mit „Nein“, sondern nehmen auch Teil an zustimmenden Koalitionen. So ist die GUE/NGL bei 15 Prozent aller Koalitionen beteiligt und auch die EFD tritt als Koalitionspartner auf, wie beispielsweise bei der Abstimmung über das Verhandlungsmandat zum TTIP (ebd.).

## C Fazit

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde im theoretischen Teil dieser Arbeit die Leitfrage *Wie können Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teilnehmen?* beantwortet. Die Fraktionen haben zahlreiche Mittel und Möglichkeiten, um an den Parlamentsfunktionen teilzunehmen. *Inwieweit europaskeptische Fraktionen an den Parlamentsfunktionen teilnehmen und die Ausübung dieser beeinflussen* wurde in der empirischen Analyse dargestellt und wird im Folgenden noch einmal zusammengefasst.

Die Hypothese zur Repräsentationsfunktion konnte nicht eindeutig beantwortet werden. Es gibt Indizien dafür, dass eine stärkere Teilnahme der europaskeptischen Fraktionen an dieser Funktion dazu führen kann, dass die Positionen der Europaskeptiker auf die nationale politische Agenda übernommen werden. Beispiele für diese Annahme finden sich auch in anderen Ländern als in Griechenland und dem Vereinigten Königreich (vgl. [Kietz und von Ondarza, 2014], [Balmer, 2014b]):

- Die Niederlande verfolgt eine Rückverlagerung übertragener Kompetenzen auf die nationale Ebene.
- Sowohl Frankreich als auch Dänemark führten wieder temporäre Grenzkontrollen im Schengenraum ein.
- Frankreich zog, nach dem Erfolg des FN bei der Europawahl 2014, einen Gesetzesvorschlag zur Einführung eines kommunalen Wahlkampfrechts für Ausländer zurück.
- Die Christlich-Soziale Union (CSU) versuchte vermutlich als Antwort auf die AfD im Wahlkampf für die Europawahl 2014 mit europaskeptischen Äußerungen zu punkten.

Um weitere Aussagen zu dieser Hypothese treffen zu können, muss in einer zukünftigen Forschungsarbeit eine qualitative Studie durchgeführt werden. In dieser könnte beispielsweise durch Akteurinterviews oder eine Netzwerkanalyse die Motivation für bestimmte Entscheidungen oder die Machtverhältnisse, welche zu einer Entscheidung geführt haben, untersucht werden.

Die Kontrollfunktion wird in Bereichen, in denen eine Einflussnahme möglich zu sein scheint, von europaskeptischen Fraktionen im Verhältnis zu ihrer Größe intensiv genutzt. Somit kann die Hypothese hier bestätigt werden. Die Frageinstrumente nehmen die europaskeptischen Fraktionen gegenüber den anderen EU-Institutionen in Relation zu ihrer Größe entweder in gleichem Maße wie die anderen Fraktionen oder mehr in Anspruch. Jedoch ist damit noch nicht geklärt, wie sich die Fragen inhaltlich gestalten.

Die Interviewaussagen, die im Laufe von Bracks Forschungsarbeit entstanden, weisen darauf hin, dass zumindest die rechtspopulistischen Europaskeptiker die Kontrollinstrumente nutzen, um negative Informationen über die EU zu erhalten und diese an ihren Wahlkreis weiterzuleiten.

Godfrey Bloom [IND/DEM & EFD, UK]

„Sometimes, if I'm dealing with a constituent who feels betrayed and let down, and I'm feeling very sorry for him, I put a parliamentary question down, just to say, there is absolutely nothing I can do about it.“ [Brack, 2012, 156]

Hélène Goudin [IND/DEM, SE]

„I ask the other institutions many questions, mainly on sensitive issues. Afterwards, I can write articles in the Swedish press to fuel the debate.“ (ebd., 157)

John Bufton [EFD, UK]

„I try to be the eyes and ears for people back home...and I am here for that purpose so that we can acutally highlight the negative things.“ (ebd., 158)

Im nächsten Schritt wäre es denkbar die Qualität und die Folgen der Fragen zu ermitteln. So könnten die Auswirkungen der Teilnahme der europaskeptischen Fraktionen an dieser Parlamentsfunktion noch weiter analysiert werden.

Die Hypothese zur Legislativfunktion konnte für den untersuchten Zeitraum nicht bestätigt werden. Die Koalitionsbildung scheint unabhängig von dem Erstarren oder den Verlusten der europaskeptischen Fraktionen abzulaufen. Um ein noch umfassenderes Bild zu erhalten, wäre die Untersuchung mehrerer Legislaturperioden erforderlich. Dies könnte vor allem nach der 8. Legislaturperiode von besonderem Interesse sein, da sowohl GUE/NGL als auch EFD mehr Sitze haben als je zuvor. Das EP stellt bei der Koalitionsbildung keine Ausnahme dar, da insbesondere die Koalitionsbildung über eine große Koalition auch in den Mitgliedstaaten der EU ebenfalls relativ häufig genutzt wird (siehe Spanien, Deutschland und Griechenland).

Jedoch kann speziell die Koalitionsbildung über eine große Koalition negative Auswirkungen auf die Funktionsweise des Parlaments haben. So werden die meisten Gesetzesvorhaben nach dem informellen Trilog noch in der ersten Lesung abgeschlossen. Das spricht zwar für die Effizienz des Parlaments, könnte jedoch gleichermaßen auch ein Indiz für mangelnde Transparenz und eine unausgewogene politische Debatte sein. Statt einer Polarisierung entlang des Links-Rechts-Spektrums – wie vom EP eigentlich gewünscht – steht weiterhin die pro- oder anti-europäische Konfliktlinie im Vordergrund (siehe [Kietz und von Ondarza, 2014]).



Die aufgestellten Hypothesen konnten nur teilweise oder auch gar nicht bestätigt werden. Demzufolge kann man schlussfolgern, dass die Präsenz der europaskeptischen Fraktionen unmittelbar kaum oder keine Auswirkungen auf die Parlamentsfunktionen haben. Eine Ausnahme stellt hier die Kontrollfunktion dar.

In dieser Arbeit wurden die direkten Auswirkungen der Präsenz der Europaskeptiker auf die Parlamentsfunktionen untersucht. Unter Umständen könnte deren Präsenz jedoch mittelbare Folgen für das EP nach sich ziehen. In diesem Kontext sind das Verhalten und die Reaktionen der anderen – insbesondere der großen – Fraktionen in Bezug auf die zunehmende Präsenz der Europaskeptiker entscheidend. Wie [Maurer, 2012] beschreibt, nimmt die Informalisierung der Prozesse im EP zu. So wurden bereits in der Vergangenheit zahlreiche Gesetzesvorhaben nach den informellen Trilogverhandlungen in der ersten Lesung verabschiedet.<sup>26</sup>

Dies führt dazu, dass

„das EP in immer stärkerem Maße als Teil des europapolitischen Establishments verstanden und attackiert (wird). Die Abgeordneten erscheinen (...) nicht als legitime Gegenspieler der *EU-Bürokratie* (...), sondern als Mitgestalter und Mitverantwortliche eines in der medialen Öffentlichkeit als intransparent und entrückt dargestellten Gesamtsystems“. (ebd., 162)

Die Tatsache, dass EVP, S&D und ALDE bereits in der ersten Sitzungswoche der neuen Legislaturperiode versuchen einen der EFD zustehenden Ausschussvorsitz zu verhindern, kann als weiterer Hinweis für diese Entwicklung gesehen werden.

Wie Margrete Auken (Sprecherin Grüne/EFA im Petitionsausschuss) feststellte, wäre der Ausschluss einer Fraktion von einem ihr zustehenden Ausschussvorsitz

„ein Schlag für den demokratischen Ablauf im Europaparlament (...) (und treffe) das Herz der europäischen Demokratie“. [EurActiv, 2014a]

Für den Moment stellen Europaskeptiker eine Minderheit auf der politischen Bühne Europas dar, deren Zukunft dort mehr noch als die der großen Parteien von der Stimmung in der Bevölkerung abhängt. Wirkliche Auswirkungen auf die europäische Politik konnten die europaskeptischen Fraktionen in der Vergangenheit nicht für sich verzeichnen und auch für die Zukunft könnte dies schwierig werden. Letztendlich könnten die tatsächlichen Auswirkungen auf das Parlament von den Reaktionen der pro-europäischen Politiker ausgehen. Es besteht die Gefahr, dass diese das einzige direkt legitimierte Organ der EU, durch ihre Suche nach informellen Wegen und Ausschlussmöglichkeiten der Europaskeptiker, dem Vorwurf der Intransparenz und Inakzeptanz zuführen.

---

<sup>26</sup>Das Trilogverfahren gibt KOM, Rat und EP die Möglichkeit bereits während der ersten Lesung einen Kompromiss auszuhandeln. Oftmals finden informelle Treffen bereits sehr früh statt, um zu einem raschen Ergebnis zu kommen. Das EP wird dabei vom Ausschussvorsitzenden, zuständigen Berichterstatter und Schattenberichterstatter vertreten.

## Literaturverzeichnis

- [Arató und Kaniok, 2009] Arató, K. und Kaniok, P., Hg. (2009). *Euroscepticism and European Integration*, Bd. 6 in *Series of Political Science Research Centre Forum*. Political Science Research Centre Zagreb.
- [Bagehot, 1971] Bagehot, W. (1971). *Die englische Verfassung*. Neuwied: Luchterhand.
- [Beichelt, 2010] Beichelt, T. (2010). EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik. *Berliner Debatte Initial*, 21(2):3–16.
- [Bertoncini und Kreiling, 2013] Bertoncini, Y. und Kreiling, V. (2013). What political balance of power in the next EP? *Paris: Notre Europe/ Jacques Delors Institute: Policy Paper*, 102. Online unter <http://www.notre-europe.eu/media/balanceofpowerep2014bertoncinikreilingerne-jdinov2013.pdf?pdf=ok>. [Letzter Zugriff: 18.06.2014].
- [Brack, 2012] Brack, N. (2012). Eurosceptics in the European Parliament: Exit or Voice? *European Integration*, 34(2):151–168.
- [Corbett et al., 1995] Corbett, R., Jacobs, F., und Shackleton, M. (1995). *The European Parliament*. London: John Harper Publishing, 3. Aufl.
- [Corbett et al., 2011] Corbett, R., Jacobs, F., und Shackleton, M. (2011). *The European Parliament*. London: John Harper Publishing, 8. Aufl.
- [Costa und Brack, 2009] Costa, O. und Brack, N. (2009). The Role(s) of the Eurosceptic MEPs. In Fuchs, D., Magni-Berton, R., und Roger, A., Hg., *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Seiten 251–271. Opladen: Barbara Budrich Publishers.
- [Dahl, 1966] Dahl, R. A. (1966). Political oppositions in Western Democracies. In Dahl, R. A., Hg., *Political oppositions in Western democracies*, Seiten 332–347. New Haven: Yale University Press.
- [Dreischer, 2006] Dreischer, S. (2006). *Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten*, Bd. 4 in *Studien zum Parlamentarismus*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- [Easton, 1965] Easton, D. (1965). *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- [Fuchs et al., 2009] Fuchs, D., Magni-Berton, R., und Roger, A., Hg. (2009). *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*. Opladen: Barbara Budrich Publishers.

- [Grabitz und Läufer, 1980] Grabitz, E. und Läufer, T. (1980). *Das Europäische Parlament*. Bonn: Europa Union Verlag.
- [Grabitz et al., 1988] Grabitz, E., Schmuck, O., Steppat, S., und Wessels, W. (1988). *Direktwahl und Demokratisierung. Eine Funktionenbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode.*, Bd. 15 in *Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik*. Bonn: Europa Union Verlag.
- [Grabow und Hartleb, 2013] Grabow, K. und Hartleb, F. (2013). *Exposing the Demagogues: Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Berlin: Konrad Adenauer Stiftung/Brüssel: Centre of European Studies.
- [Harmsen und Spiering, 2004a] Harmsen, R. und Spiering, M., Hg. (2004a). *Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration*, Bd. 20 in *European Studies: An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics*. Amsterdam: Rodopi B.V.
- [Harmsen und Spiering, 2004b] Harmsen, R. und Spiering, M. (2004b). Introduction: Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate. In Harmsen, R. und Spiering, M., Hg., *Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration*, Bd. 20 in *European Studies: An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics.*, Seiten 13–35. Amsterdam: Rodopi B.V.
- [Hartleb, 2012] Hartleb, F. (2012). A Thorn in the Side of European Elites: The New Euroscepticism. Brüssel: Centre for European Studies.
- [Hix, 2008] Hix, S. (2008). *What's wrong with the European Union and how to fix it*. Cambridge: Polity Press.
- [Hix und Høyland, 2011] Hix, S. und Høyland, B. (2011). *The political system of the European Union*, Bd. 3 in *The European Union Series*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- [Hix und Høyland, 2013] Hix, S. und Høyland, B. (2013). Empowerment of the European Parliament. *Annual Review Political Science*, 16:171–189.
- [Hix und Lord, 1997] Hix, S. und Lord, C. (1997). *Political Parties in the European Union*. The European Union Series. New York: St. Martin's Press.
- [Hix et al., 2007] Hix, S., Noury, A. G., und Roland, G. (2007). *Democratic Politics in the European Parliament*. Cambridge: University Press.
- [Höhne, 2013] Höhne, B. (2013). *Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments*, Bd. 4 in *Parteien in Theorie und Empirie*. Opladen: Barbara Budrich Publishers.

- [Hurka und Kaeding, 2012] Hurka, S. und Kaeding, M. (2012). Report allocation in the European Parliament after eastern enlargement. *Journal of European Public Policy*, 19(4):512–529.
- [Jacobs et al., 2014] Jacobs, F., Bertoincini, Y., Kreilinger, V., van Kessel, S., Pirro, A. L., Otjes, S., Piedrafita, S., und Renman, V. (2014). European Parliament elections in times of crisis. *Intereconomics Forum, Leibniz Information Centre for Economics*, 1:4–29. Online unter <http://www.ceps.be/system/files/article/2014/02/Forum.pdf>. [Letzter Zugriff: 28.06.2014].
- [Jacqué, 1989] Jacqué, J.-P. (1989). Strategien für das Europäische Parlament: Abschied von nationalen Konfliktlinien. In Schmuck, O. und Wessels, W., Hg., *Das EP im dynamischen Integrationsprozess. Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Leitbild*, Seiten 217–225. Bonn: Europa Union Verlag.
- [Jun, 2013] Jun, U. (2013). Typen und Funktionen von Parteien. In Niedermayer, O., Hg., *Handbuch Parteienforschung*, Seiten 119–146. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [Jun und Höhne, 2012] Jun, U. und Höhne, B., Hg. (2012). *Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?*, Bd. 2 in *Parteien in Theorie und Empirie*. Opladen: Barbara Budrich Publishers.
- [Kaeding, 2013] Kaeding, M. (2013). Drei-Prozent-Sperrklausel bei der Europawahl: Viel Lärm um Nichts. Die wahre Debatte geht um ein einheitliches europäisches Wahlrecht. *Regierungsforschung (Das Online-Magazin der NRW School of Governance)*. Online unter [http://regierungsforschung.de/data/120613\\_regierungsforschung.de\\_kaeding\\_3\\_prozent\\_klausel.pdf](http://regierungsforschung.de/data/120613_regierungsforschung.de_kaeding_3_prozent_klausel.pdf). [Letzter Zugriff: 29.06.2014].
- [Kaeding und Pieper, 2014] Kaeding, M. und Pieper, M. (2014). Europawahlrecht und die Drei-Prozent-Hürde: Nationale Orthodoxie oder europäischer Pragmatismus? *Regierungsforschung (Das Online-Magazin der NRW School of Governance)*. Online unter [http://regierungsforschung.de/data/190214regierungsforschung.de\\_kaeding\\_pieper\\_europawahlrecht.pdf](http://regierungsforschung.de/data/190214regierungsforschung.de_kaeding_pieper_europawahlrecht.pdf). [Letzter Zugriff: 01.07.2014].
- [Katz, 2008] Katz, R. S. (2008). Euroscepticism in Parliament: A Comparative Analysis of the European and National Parliaments. In Szczerbiak, A. und Taggart, P., Hg., *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Bd. 2, Seiten 151–180. Oxford: Oxford University Press.
- [Keith und McGowan, 2014] Keith, D. und McGowan, F. (2014). Radical left parties and immigration issues. Sussex European Institute Working Paper 132, Brighton: Sussex Eu-

- ropean Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=working-paper-132.pdf&site=266>. [Letzter Zugriff: 27.06.2014].
- [Kietz und von Ondarza, 2014] Kietz, D. und von Ondarza, N. (2014). Europaskeptiker im Europäischen Parlament. In Brüssel isoliert und zerstritten, treiben sie die nationale Europapolitik vor sich her. *Berlin: SWP-Aktuell*, 7. Online unter [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A07\\_ktz\\_orz.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A07_ktz_orz.pdf). [Letzter Zugriff: 25.06.2014].
- [Kopecký und Mudde, 2001] Kopecký, P. und Mudde, C. (2001). Empty Words or Irreducible Core?: Euroscepticism in East Central Europe. San Francisco: Annual meeting of the American Political Science Association.
- [Kopecký und Mudde, 2002] Kopecký, P. und Mudde, C. (2002). The Two Sides of Euroscepticism: Party Positions on European Integration in East Central Europe. *European Union Politics*, 3(3):297–326.
- [Lang, 2010] Lang, S. (2010). Kein Integrationsfortschritt ohne Kritik. Die Funktion eurokritischer Positionen für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. In *Europakritische Positionen in den Integrationstheorien*. Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.
- [Leggewie, 2003] Leggewie, C. (2003). Transnationale Bewegungen und demokratische Frage. Das Demokratisierungsparadox. *Wien: Transit*. Online unter <http://www.eurozine.com/pdf/2003-02-06-leggewie-de.pdf>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [Lindberg et al., 2010] Lindberg, B., Rasmussen, A., und Warntjen, A., Hg. (2010). *The Role of Political Parties in the European Union*. Journal of European Public Policy Series. Abingdon: Routledge.
- [Mamadouh und Tapio, 2003] Mamadouh, V. und Tapio (2003). The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation. *Oxford: Journal of Common Market Studies*, 41(2):333–351.
- [Mann, 2009] Mann, D.-J. (2009). Ein Gebilde sui generis? Die Debatte um das Wesen der Europäischen Union im Spiegel der 'Nature of the Union'-Kontroverse in den USA. In Decker, F. und Höreth, M., Hg., *Die Verfassung Europas*, Seiten 319–343. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [March, 2011] March, L. (2011). *Radical Left Parties in Europe*. Nr. 14 in Routledge Studies in Extremism and Democracy. Abingdon: Routledge.
- [Marsh und Wessels, 1997] Marsh, M. und Wessels, W. (1997). Territorial representation. *European Journal of Political Research*, 32(3/4):227–242.

- [Maurer, 2012] Maurer, A. (2012). *Parlamente in der EU*. Europa Kompakt. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG. ed. Johannes Pollak.
- [Maurer, 2014] Maurer, A. (2014). Europäisches Parlament. In Weidenfeld, W. und Wessels, W., Hg., *Europa von A bis Z*, Bd. 1437 in *Bundeszentrale für politische Bildung*, Seiten 212–225. Bonn: Nomos Verlagsgesellschaft.
- [Milardović, 2009] Milardović, A. (2009). Euroscepticism in a Conflict of Ideologies of the Second Modernism. In Arató, K. und Kaniok, P., Hg., *Euroscepticism and European Integration*, Bd. 6 in *Series of Political Science Research Centre Forum*, Seiten 39–76. Political Science Research Centre Zagreb.
- [Mittag und Steuer, 2010] Mittag, J. und Steuer, J. (2010). *Politische Parteien in der EU*, chapter Die europäische Parteienlandschaft, Seiten 124–158. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- [Neuhold, 2001] Neuhold, C. (2001). The 'Legislative Backbone' keeping the Institution upright? The Role of European Parliament Committees in the EU Policy-Making Process. *European Integration online Papers*, 5(10). Online unter <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2001-010.pdf>. [Letzter Zugriff: 02.07.2014].
- [Poguntke et al., 2013] Poguntke, T., Morlok, M., und Merten, H., Hg. (2013). *Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie*. Nr. 44 in *Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- [Raunio, 1996] Raunio, T. (1996). Parliamentary Questions in the European Parliament: Representation, Information and Control. *Journal of Legislative Studies*, 2(4):356–382.
- [Raunio, 2012] Raunio, T. (2012). 'Whenever the EU is involved, you get problems': Explaining the European policy of The (True) Finns. Sussex European Institute Working Paper 127, Brighton: Sussex European Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=sei-working-paper-no-127.pdf&site=266>. [Letzter Zugriff: 02.07.2014].
- [Rehse, 2009] Rehse, S. (2009). *Die Oppositionsrolle rechtsextremer Protestparteien. Zwischen Anpassung und Konfrontation in Brandenburg und Sachsen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- [Reif und Schmitt, 1980] Reif, K. und Schmitt, H. (1980). Nine Second-Order National elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research*, 8(1):3–44.

- [Scully, 1999] Scully, R. M. (1999). Between nation, party and identity: a study of European Parliamentarians. *EPRG Working Papers*, 5.
- [Sitter, 2002] Sitter, N. (2002). Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party competition. Sussex European Institute Working paper 56, Brighton: Sussex European Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=epern-working-paper-9.pdf&site=266>. [Letzter Zugriff: 30.06.2014].
- [Sørensen, 2007] Sørensen, C. (2007). *A Conceptual Analysis and Logitudinal, Cross-country Examination of Public Scepticism towards the European Union*. PhD thesis, University of Copenhagen: Danish Institute for Internationale Studies/ Studies of Political Science.
- [Sørensen, 2008] Sørensen, C. (2008). Love me, love me not...A typology of public euro-scepticism. Sussex European Institute Working paper 101, Brighton: Sussex European Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=sei-working-paper-no-46.pdf&site=266>. [Letzter Zugriff: 30.06.2014].
- [Spiering, 2004] Spiering, M. (2004). British Euroscepticism. In Harmsen, R. und Spiering, M., Hg., *Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration*, Bd. 20 in *European Studies: An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics.*, Seiten 127–149. Amsterdam: Rodopi B.V.
- [Szczerbiak und Taggart, 2008a] Szczerbiak, A. und Taggart, P., Hg. (2008a). *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Bd. 2. Oxford: Oxford University Press.
- [Szczerbiak und Taggart, 2008b] Szczerbiak, A. und Taggart, P., Hg. (2008b). *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Bd. 1. Oxford: Oxford University Press.
- [Taggart, 1998] Taggart, P. (1998). A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. *European Journal of Political Research*, 33(3):363–388.
- [Taggart und Szczerbiak, 2001] Taggart, P. und Szczerbiak, A. (2001). Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. Sussex European Institute Working paper 46, Brighton: Sussex European Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=sei-working-paper-no-46.pdf&site=266>. [Letzter Zugriff: 03.07.2014].
- [Taggart und Szczerbiak, 2002] Taggart, P. und Szczerbiak, A. (2002). The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States. Sussex European Institute Working Paper 51, Brighton: Sussex European Institute. Online unter <https://www.sussex.ac.uk/>

webteam/gateway/file.php?name=sei-working-paper-no-51.pdf&site=266. [Letzter Zugriff: 01.07.2014].

[Taggart und Szczerbiak, 2008] Taggart, P. und Szczerbiak, A. (2008). Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe. In Szczerbiak, A. und Taggart, P., Hg., *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Bd. 1. Oxford: Oxford University Press.

[Wellings, 2012] Wellings, B. (2012). *English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace*. British Identities since 1707. Bern: Peter Lang AG, International Academic Publishers.

[Whitaker, 2011] Whitaker, R. (2011). *The European Parliament's Committees: National party influence and legislative empowerment*. London: Routledge.

[Yordanova, 2013] Yordanova, N. (2013). *Organising the European Parliament. The role of committees and their legislative influence*. ECPR Monographs. Colchester: ECPR Press.



## Quellenverzeichnis

- [Balmer, 2014a] Balmer, R. (2014a). Marine Le Pen sieht sich schon im Élysée. *TAZ. Die Tageszeitung*, 36(10420):5.
- [Balmer, 2014b] Balmer, R. (2014b). Rückzug vor den Rechten. *TAZ. am Wochenende*, 36(10423).
- [Balmer, 2014c] Balmer, R. (2014c). Souverän gegen die EU. *TAZ. am Wochenende*, 36(10406):8.
- [Bundesverfassungsgericht, 2014] Bundesverfassungsgericht (2014). 2 BvE 2/13, Absatz-Nr. (1 - 86). Online unter [http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20140226\\_2bve000213.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20140226_2bve000213.html). [Letzter Zugriff: 20.06.2014].
- [ECR, 2014] ECR (2014). About the ECR Group. Online unter <http://ecrgroup.eu/about-us/the-ecr-in-the-european-parliament/>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EFD, 2014] EFD (2014). People's Voice. Online unter <http://www.efdgroupp.eu/>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [EU-Kommission, 2011] EU-Kommission (2011). Annual Activity Report. Online unter [http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/aar/doc/sg\\_aar\\_2011.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/aar/doc/sg_aar_2011.pdf). [Letzter Zugriff: 05.06.2014].
- [EU-Parlament, 2010] EU-Parlament (2010). Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments. Online unter [http://europa.eu/legislation\\_summaries/justice\\_freedom\\_security/citizenship\\_of\\_the\\_union/o10000\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/citizenship_of_the_union/o10000_de.htm). [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2012] EU-Parlament (2012). Die Ausschussvorsitzenden des EU-Parlaments - Wer ist wer? Online unter <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120126STO36310/html/Die-Ausschussvorsitzenden-des-EU-Parlaments-Wer-ist-wer>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2013] EU-Parlament (2013). One year to go to the 2014 European Elections. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2013/election3/SyntheseEB795ParlemetreEN.pdf>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014a] EU-Parlament (2014a). Delegations. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00aab6aedf/Committees.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014b] EU-Parlament (2014b). Europäische Parlament: Befugnisse und Verfahren. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/007c895f4c/Befugnisse-und-Verfahren.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].

- [EU-Parlament, 2014c] EU-Parlament (2014c). Geschäftsordnung. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+RULES-EP+20140310+RULE-030+DOC+XML+V0//DE&language=DE&navigationBar=YES>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014d] EU-Parlament (2014d). Gesetzgebungsprozess im Detail. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0081f4b3c7/Gesetzgebungsprozess-im-Detail.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014e] EU-Parlament (2014e). List of committees. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/committees/en/full-list.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014f] EU-Parlament (2014f). Oversight and control functions. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00b9de8689/Oversight-and-control-functions.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014g] EU-Parlament (2014g). Parliamentary committees. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00aab6aedf/Committees.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014h] EU-Parlament (2014h). Parliamentary questions. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/plenary/en/parliamentary-questions.html>. [Letzter Zugriff: 30.06.2014].
- [EU-Parlament, 2014i] EU-Parlament (2014i). Wahlbeteiligung. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-%281979-bis-2009%29.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014j] EU-Parlament (2014j). Wahlbeteiligung nach Land. Online unter <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EU-Parlament, 2014k] EU-Parlament (2014k). Zusammensetzung des Parlaments. Online unter <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/004a50d310/Zusammensetzung.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [EurActiv, 2010] EurActiv (2010). British Eurosceptic insults EU president in Parliament. Online unter <http://www.euractiv.com/sections/future-eu/british-eurosceptic-insults-eu-president-parliament-229770>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [EurActiv, 2014a] EurActiv (2014a). Grüne unterstützen Farage im Streit um Ausschussvorsitze im EU Parlament. Online unter <http://www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/gruene-unterstuetzen-farage-im-streit-um-ausschussvorsitze-im-eu>. [Letzter Zugriff: 06.07.2014].

- [EurActiv, 2014b] EurActiv (2014b). Juncker gegen Widerstand Camerons als Kommissionschef nominiert. Online unter <http://www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/juncker-gegen-widerstand-camerons-als-kommissionschef-nominiert-303140>. [Letzter Zugriff: 30.06.2014].
- [EurActiv, 2014c] EurActiv (2014c). Tsipras macht Front gegen "Merkelismus". Online unter <http://www.euractiv.de/soziales-europa/artikel/tsipras-macht-front-gegen-den-merkelismus-008287>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [Fraunberger, 2012] Fraunberger, R. (2012). "Wir sind keine deutsche Kolonie". Online unter <http://www.cicero.de/weltbuehne/wir-sind-keine-deutsche-kolonie/51230>. [Letzter Zugriff: 06.07.2014].
- [Goodwin und Milazzo, 2014] Goodwin, M. und Milazzo, C. (2014). The battle is open to pack UKIP's voters - but they're a loyal bunch. Online unter <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/may/29/ukip-voters-loyal-nigel-farage-2015-labour-tory>. [Letzter Zugriff: 06.07.2014].
- [Höhler, 2014] Höhler, G. (2014). Weichenstellung für Athen. *Handelsblatt*, 68(93):13.
- [Jungclaussen, 2014] Jungclaussen, J. F. (2014). Britische Salatköpfe. *Die Zeit*, 68(21):27.
- [Lehmann, 2014] Lehmann, W. (2014). Das Europäische Parlament: Befugnisse. Online unter [http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_1.3.2.html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_1.3.2.html). [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [Papadimitriou, 2014] Papadimitriou, J. (2014). Alexis Tsipras will jetzt viel mehr. *TAZ. Die Tageszeitung*, 36(10420):6.
- [Reinecke, 2014] Reinecke, S. (2014). Original mit Untertiteln. Online unter <http://www.taz.de/!138278/>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [Schulz, 2009] Schulz, M. (2009). Kooperationsbestrebungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im Europa-Parlament. In Braun, S., Geisler, A., und Gerster, M., Hg., *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*, Seiten 474–487. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [Syriza, 2013] Syriza (2013). About Syriza. Online unter [http://www.syriza.gr/page/who-we-are.html#.U7iB5bE0\\_4Y](http://www.syriza.gr/page/who-we-are.html#.U7iB5bE0_4Y). [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [Tagesschau, 2014a] Tagesschau (2014a). Europawahl: Karlsruhe kippt Drei-Prozent-Hürde. Online unter <http://mobil.tagesschau.de/id=drei-prozent-huerde102;tpl=artikel.xml/drei-prozent-huerde102~nimex.xml>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].

- [Tagesschau, 2014b] Tagesschau (2014b). Grüne liebäugelt mit Juncker. Online unter <http://www.tagesschau.de/europawahl/gruene-fuer-juncker100.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [Volkery, 2014] Volkery, C. (2014). Britische Rechtspopulisten im Höhenflug. Online unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/britische-unabhaengigkeitspartei-ukip-will-bei-europawahlen-siegen-a-954060.html>. [Letzter Zugriff: 30.06.2014].
- [VoteWatchEurope, 2009a] VoteWatchEurope (2009a). Attendance to plenary. Online unter [http://term6.votewatch.eu/cx\\_epg\\_attendance.php](http://term6.votewatch.eu/cx_epg_attendance.php). [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2009b] VoteWatchEurope (2009b). European Party Groups Cohesion Rates. Online unter [http://term6.votewatch.eu/cx\\_european\\_party\\_groups.php](http://term6.votewatch.eu/cx_european_party_groups.php). [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2011] VoteWatchEurope (2011). Voting in the 2009-2014 European Parliament: How do MEPs vote after Lisbon? Online unter [http://www.votewatch.eu/blog/wp-content/uploads/2011/01/votewatch\\_report\\_voting\\_behavior\\_26\\_january\\_beta.pdf](http://www.votewatch.eu/blog/wp-content/uploads/2011/01/votewatch_report_voting_behavior_26_january_beta.pdf). [Letzter Zugriff: 03.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2014a] VoteWatchEurope (2014a). The activity records of MEPs analysed by EP group and national party. Online unter <http://www.votewatch.eu/blog/wp-content/uploads/2014/05/votewatch-europe-end-of-term-scorecard-part-2-groups-final.pdf>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2014b] VoteWatchEurope (2014b). Average participation in (roll-call) votes by European political groups (2009-2014). Online unter <http://term7.votewatch.eu/en/political-group-participation.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2014c] VoteWatchEurope (2014c). European political groups cohesion rate on all policy areas (14.07.2009 - 17.04.2014). Online unter <http://www.votewatch.eu/en/political-group-cohesion.html>. [Letzter Zugriff: 04.07.2014].
- [VoteWatchEurope, 2014d] VoteWatchEurope (2014d). MEP: Nigel Farage. Online unter <http://term7.votewatch.eu/en/nigel-farage.html>. [Letzter Zugriff: 05.07.2014].
- [Winkelmann und Feddersen, 2014] Winkelmann, U. und Feddersen, J. (2014). Der? So? Wirklich? *TAZ. Die Tageszeitung*, 36(10411):9.

## **Eigenständigkeitserklärung**

*Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.*

---

Datum

---

Unterschrift